

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 163 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Mittwoch, den 18. Juli 1934

Chefredakteur: M. Braun

Das neue
Reichs-Menschen-
jagdgesetz

Seite 3

An den Reichskanzler!

Drei Tage nach Ihrem Mordeft sehen Sie durch Ihre Gangsterpresse Lügen, die Gesamtzahl der auf Ihren Befehl Ermordeten betrage 16.

Nun haben Sie im Reichstage 77 Ermordungen zugegeben und auf Ihre Verantwortung genommen.

Die Art, wie Sie das taten, beweist, daß die wirkliche Zahl der Opfer richtiger größer ist.

Uns interessiert nicht, wieviel Banditen aus Ihren Reihen durch Banditen abgeschossen worden sind. Wer sich Hitler zum Führer, zum Herrn über Leben und Tod erwählt, hat nicht mehr als ein schändliches Ende verdient.

Wir fordern von Ihnen Aufschluß, wieviel anständiger, von den Untaten Ihrer Banden unbelastete Volksgenossen abgeschlachtet worden sind. Nach unseren Informationen sind mindestens einige hundert in kleineren politischen Aktionen verwickelte Männer und Frauen in den Tagen der letzten Monatswende von Ihren Horden geblutet, gequält, gefoltert, geschändet, gequält worden.

Sie sind für alle diese Schandtaten, für alle diese Morde verantwortlich. In Ihren Händen steht das Blut unschuldig Ermordeter. Sie wissen es und schweigen aus feiger Furcht.

Die freie Presse, die sich von Ihnen weder kaufen noch kesseln läßt, wird aber keine Ruhe geben.

Wir fragen Sie, den Verantwortlichen für Massenmorde, den Führer von Massenmördern:

Wo bleibt die Totenliste? Wie hoch ist die Zahl Ihrer Todesopfer?

Flucht in den Reformismus?

Wir eröffnen mit diesem Aufsatz eine Diskussion über die politischen Folgen des 30. Juni. Als nächster Beitrag wird ein Aufsatz aus den Reihen des illegalen „Roten Stützpunkt“ erscheinen.

Redaktion der „Deutschen Freiheit“.

In Deutschland ist der Rebel gefallen, den Goebbels mit seiner Propagandamaschine und die braunen Generale mit ihren SA-Horden über den innen-, wirtschafts- und außenpolitischen Vorgänge zu breiten vermochten. Mißtrauen und Furcht, die vor Nachbar, Freund und Bruder nicht haltmachten, beginnen zu schwinden. Und nun stürzen in das Blickfeld aller, die sehen wollen, tausend und aber tausend Dinge. So vieles, was verborgen blieb, stürzt auf die Menschen ein, türmt sich vor ihrem Horizont auf und vergrößert sich durch die Vielgestaltigkeit und Ungewohntheit des Eindrucks. Das große Schweigen ist gebrochen!

Hitlers Palastrevolte kam nicht als Blitz aus heiterem Himmel, über dem ganzen Land lag seit Monaten eine unheimliche Schwüle, dessen Entladung nicht ausbleiben konnte. Aber mit einem Schläge wurde die Morsheit des Systems offenkundig und grell wurden dabei die Kreise beleuchtet, die darauf warten, die braunen Parvenüs abzulösen. In den Reihen der faschistischen Anhänger geht indes der Geist der Zerfetzung um, die Zusammenbruchsymptome häufen sich. Was liegt näher, als die erste lurchtbare Erschütterung des „dritten Reiches“ bereits für ein vernichtendes Erdbeben zu halten und gespannt den Einsturz des ganzen Baues zu erwarten? Nichts ist verständlicher als die Erwartung der unterdrückten Kreatur, daß jetzt Schlag auf Schlag folgt und die zweite, die von Papen angedeutete „konservative Revolution“ dem Rest des braunen Spuks ein schnelles Ende bereitet.

Diese psychologische Situation ist für den Faschismus bedenklich. Sicherlich bedenklicher als die Gefahr, die ihm von der Selte droht, die eine totale Restaurierung des Konservatismus durchzuführen wünscht. Aber ebenso klar ist, daß dieses Erwachen der eingeschüchterten Volksschichten keine Plattform abgeben kann, auf der sich irgendwelche Nationen aufbauen. Man sieht die innere Ohnmacht der faschistischen Gewalttäter, deutet selbst ihre Blutstatten nur als Schwäche, aber die immer stärker werdende Ablehnung gipfelt doch lediglich in der Bereitwilligkeit, jede Ablösung der herrschenden Zustände als eine Erleichterung zu akzeptieren. Ueber die Negation hinaus gehen die Dinge jedoch nicht. Man wartet nun gläubig der weiteren Ereignisse, die da kommen sollen und hofft auf die Konsequenz und Rache der Konservativen. So gleichen denn die Nachrichten aus dem Reich Vorböten eines zweiten und größeren Gewittersturmes. Und selbst die zum Teil recht kritisch arbeitenden illegalen Gruppen stellen ihre Berichte mehr oder minder unbewußt auf eine derartige, sich vielleicht überstürzende Entwicklung ab.

Zwangsarbeit für SA.

Femefurcht — Deportation für unzuverlässige Elemente Lutze, Papen und Goebbels

Berlin, 17. Juli.

In der SA gibt es, die SA ist und bleibt das Schmerzenskind der Hitlerregierung. Viele von den SA-Leuten, die im Zusammenhang mit der Blutaktion vom 30. Juni verhaftet worden waren, erhielten in den letzten Tagen die Freiheit wieder. Man versucht vergebens von diesen bisherigen Stützen des braunen Systems etwas darüber zu erfahren, was sie in der Haft erlebt haben. Sie schweigen. Sie wissen, warum. Bei ihrer Freilassung mußten sie sich schriftlich verpflichten, über die Vorgänge bei und nach ihrer Verhaftung nichts zu verraten. Aber die blutigen Spuren, die sie in ihren Gesichtern und an ihren Händen nicht verbergen können, reden eine deutliche Sprache über die Behandlung, die sie erfahren haben.

Tag für Tag müssen sie sich bei den Behörden melden, jede Wohnungsveränderung müssen sie dort sofort angeben. Was Wunder, daß die Erregung in den Reihen der SA groß ist und auch viele erfährt hat, die direkt mit den Ereignissen des 30. Juni nichts zu tun haben. Ein Wächter begleitet alle diese jungen Leute: Rache!

Görings Gestapo ist auf der Höhe. Sie hat ihm Kenntnis davon gegeben, daß sie Spuren einer Terrororganisation entdeckt hat, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die ermordeten Kameraden zu rächen.

Der Aufbau dieser Verbände hat viel Ähnlichkeit mit dem der Organisation C. und jener Geheimorganisationen, die Rathenau und andere führende Republikaner der Weimarer Epoche umgelegt haben. Die Gefahr für Hitler erscheint deshalb ganz besonders groß, weil man jetzt dabei ist, Tausende von SA-Leuten auf die Straße zu werfen und dem Elend preiszugeben, die bisher auf Staatskosten gelebt hatten und sich einbildeten, besondere Vorrechte genießen zu dürfen.

Görings Absicht ist es nun, alle unruhigen und verdächtigen Elemente zu einer Art Zwangsarbeit auf das Land oder zur Ausführung von Staatsarbeiten für den Zeitraum von mindestens einem Jahr in die Provinz zu verpflanzen.

Sie sollen als Bezahlung nur Naturalien, wenig oder gar keine Barvergütung erhalten. Mit anderen Worten eine Art Deportation! Vor allem wollte man dadurch verhindern, daß die in Ungnade gefallenen SA-Leute sich in den Großstädten und in den Industrieregionen mit dem marxistischen Proletariat verbrüderten.

Interessant ist, daß der neue Stabschef Luhe Wert darauf legt, wie sein ermordeter Vorgänger Hauptmann Röhm, Mitglied der Reichsregierung zu werden. In diesem Bestreben wird er von seinen Unterführern unterstützt.

Auch die preußische Polizei macht Göring Sorgen. Als man in der Nacht vom 3. zum 4. Juli bei einer Anzahl

höherer Schutzbeamter Hausdurchsuchungen abhielt, fand man dort Fotografien von Severing, Grzesinski und Weich. Die Folge waren neue Verhaftungen, von denen man natürlich in Schutzkreisen alles andere als begeistert ist.

Im übrigen wissen eingeweihte Kreise hier ganz genau, daß der Kanzler Herr von Papen buchstäblich angefleht habe, Vizekanzler zu bleiben. Er habe ihm sogar Genugtuung für die schmähliche Behandlung angeboten, deren Gegenstand von Papen in den kritischen Juni- und Juli-tag war. Papen aber habe bestimmte Konzessionen auf innen- und wirtschaftspolitischen Gebiet verlangt. Vor allem aber habe er die Amtsenthebung des Reichspropagandist Dr. Goebbels, zum mindesten eine fähbare Verminderung seines Einflusses gefordert. Hitler habe sich, wie immer in kritischen Situationen nicht entscheiden können, und so sei die Frage Papen-Goebbels immer noch in der Schwebe.

Furcht vor den „Lobsprüchen“

Ausbreitung der Verbote ausländischer Zeitungen

Berlin, 17. Juli. In starkem Gegensatz zu den Behauptungen der deutschen Presse, daß die Rede Hitlers im Auslande einen überzeugenden, ja überwältigenden Eindruck gemacht habe, steht die Vermehrung der Verbote ausländischer Zeitungen. Während bisher nur die deutschsprachigen Zeitungen schikaniert wurden, kommen nun auch die fremdsprachigen an die Reihe. „Daily Telegraph“ und „Heraldo de Madrid“ sind für vierzehn Tage, „Daily Express“ für eine Woche in Deutschland verboten. Die letzte Sonntagsnummer des „Tempo“ ist beschlagnahmt worden, ebenso die Wochenausgabe des „Manchester Guardian“; die dänische Zeitung „Politiken“ wurde seit dem 1. Juli schon mehrmals konfisziert. Der Korrespondent des katholischen spanischen Blattes „El Debate“ hat eine Verwarnung erhalten. Für das Montagmorgenblatt der „Baller Nachrichten“ ist ein Zensurverfahren noch nicht erledigt, so daß die Zeitungsbossen in Berlin auf sich warten lassen. Die Freitagnummer des „Baller Blattes“ gelangte in Deutschland nicht in den Straßenhandel. Das Verbot des „Pester Lloyd“ ist auf vierzehn Tage ausgedehnt worden.

Eine Gruppe Nationalsozialisten hat an der Invalidenstrasse in Berlin einen Zeitungskiosk, der ausländische Blätter verkaufte, in Brand gesetzt. Der zerstörte Kiosk befindet sich an einem verkehrreichen Punkt des nördlichen Stadtzentrums unweit des Siedtiner Bahnhofs. Wie wir weiter vernehmen, hatten die Täter bei Hitler die Forderung gestellt, den Verkauf aller ausländischen Zeitungen in Deutschland zu unterbinden, und leiteten auf eigene Faust eine Aktion ein, als dem Verlangen nicht entsprochen wurde.

Diese Stimmungsberichte erreichen die Emigration zu einem Zeitpunkt, wo sich weite Kreise von ihr in einer psychologischen Krise befinden. Der zermürbende Einfluß des Exils schafft sich Geltung und ist denkbar geeignet, einem neuen Illusionismus Tür und Tor zu öffnen. Wenn es im Reich die Fülle der ungewohnten Eindrücke ist, die alles in der Vergrößerung erscheinen läßt, dann sind es für die Emigranten oft Wunschträume, die an die Stelle der objektiven Wertung treten. So nur ist es zu verstehen, daß allüberall von der in absehbarer Zeit erwarteten Rückkehr ähnlich gesprochen wird, wie von der Beendigung des Weltkrieges zu der Zeit, als die deutsche Armee im Herbst 1914 vor Paris stand. Daß es sich dabei meist um jene handelt, die vor Jahresfrist in einem Anfall von Fatalismus der Emigration Ewigkeitsdauer prophezeiten, ist gewiß kein Zufall. Es sind seelisch Entwurzelte, die bei aller Farnung ihres Wesens immer wieder von ihren Gefühlen geleitet werden und Kindern gleichen, die bei der nächtlichen Wanderung durch den Wald singen, um ihre Furcht zu verbergen.

Brauchen diese Diskussionen nur als Fieberbarometer gewertet zu werden, so würden sie nicht allzu bedenklich stimmen, denn ähnliche Krisen hat jede Emigration durch-

gemacht. Ernster sind die Begleiterscheinungen, die erkennen lassen, daß der ideologische Umbruch, den die Emigration vorzunehmen hatte, längst nicht restlos vollzogen ist. Es hat sich gezeigt, daß dieses erste Wetterleuchten für viele zum Signal wurde, mit neuem Opportunismus zu jonglieren. Die Debatten, die sich um die Möglichkeiten innerhalb einer konservativen Diktatur entsponnen haben, knüpfen vielerorts dort an, wo sie im Frühjahr 1932 aufhörten, als Schleicher zur Formierung einer neuen Front eingeladen hatte. Man hält wieder einmal nach „Machtpositionen“ Ausschau! Und was selbst einem Leipart vor zwei Jahren als faule Kompromißerei erschien, gilt vielen heute als die Chance. Von den Konservativen werden gewisse gewerkschaftliche Bewegungsfreiheiten erwartet, die Leiter, auf der man zum Staatsapparat emporklimmen kann, wird sichtbar. Es fehlt groteskerweise sogar nicht an Vergleichen mit dem 20. Juli, wenn von dem Verpassen der Gelegenheit gesprochen wird, die man in einer Aufforderung zur „Mitarbeit der Arbeiterschaft“ erwartet.

Das Entscheidende liegt nicht in der Realität, die vielfach in solchen Diskussionen zum Ausdruck kommt, sondern in der Tatsache, daß bei einem so bescheidenen Anlaß

der Reformismus selbst in der Emigration wieder Auf-
erstehung feiern kann. In all den Kombinationen, wie
sie selbst austauschen, schimmert der Gedanke und —
die Hoffnung durch, daß man mit Hilfe organisatorischer
Arbeit Einfluß auf den Staat und auf dem Umwege dieses
Einflusses alle Ziele erreichen kann. Es geht mit dem
Bedenkengang dieser Leute wie mit ausrangierten
Kavalleriepferden, die sich bei jedem Trompetensignal
immer wieder in Trab setzen, um in die altgewohnte Front
einzuschwenken. Daß im Reich selbst eine Reihe früherer
Gewerkschaftsführer seit langem schon die engste Tüch-
föhlung mit den Monarchisten und den Generälen her-
gestellt hat, ist nicht allzu verwunderlich. Diese Leute
wissen zu gut, daß ihnen andere Ausichten nicht mehr
blühen, ja, eine sozialistische Revolution sie sogar recht
energisch in die Kumpelhammer werfen wird. Wenn aber
in der Emigration — und nicht nur in deren „Ahnen-
galerie“ ganz ernsthaft derartige Fragen ventiliert
werden, dann kommt damit eine Konsequenzlosigkeit zum
Ausdruck, die man kaum noch erwarten brauchte.

Die Revolution zu bezagen und den Reformismus als
eine endgültig überwindene Angelegenheit zu betrachten,
war für die sozialistische Emigration seit langem zur
Selbstverständlichkeit geworden. Bedenken erregte es
vielleicht nur, wenn dieser oder jener Exponent der Ver-
gangenheit allzu eifrig umzulernen verstand. Nun scheint
sich aber zu zeigen, daß die ideologische Basis der Emigra-
tion im Durchschnitt viel weniger stabil ist, als man es im
allgemeinen wahr haben will. Ein äußerst bedenkliches
Zeichen! Aber ein Zeichen dafür, wie wenig systematisch
bisher in dieser Richtung gearbeitet worden ist und wie
sehr die Willensbildung der Emigration noch der Ver-
festigung und Festigung bedarf. Dieses Faktum wiegt um so
schwerer, je mehr ihr die Verpflichtung zunimmt, sich in der
Geborgenheit des Auslandes auf die künftige Führung
vorzubereiten. Trotz allem ist aber von nicht zu unter-
schätzender Bedeutung, daß die Emigration in der ersten
hälfte ihres zweiten Jahres einen Prüfstein vorgefunden
hat, der ihr Anlaß und Möglichkeit zu ernstester Selbst-
kritik bietet.

Durch das erneute Aufflackern des Illusionismus ist die
Unbeständigkeit des politischen Fundamentes der Emigra-
tion zum Ausdruck gekommen. Gleichzeitig wurde aber
damit auch dokumentiert, wie eng Illusion und Reformis-
mus verwachsen sind. Gravierend ist die Uebereinstim-
mung, die darin mit der sozialdemokratischen Politik der
letzten Jahre zum Ausdruck kommt. Wieder zeigt sich,
daß die Illusion von der Möglichkeit eines „kleineren
Uebels“ zwangsläufig zum Opportunismus und damit zur
Verleugnung jedweder revolutionären Grundausfassung
führen muß. Die Emigration wird solange als
politischer Faktor wertlos bleiben, wie
die Beurteilung politischer Situationen
und Möglichkeiten von dem Wunsch zur
Rückkehr direkt oder indirekt beeinflusst
wird! Daß aber bei der Stellungnahme zu dem vielleicht
kommenden Vorstoß der Konservativen im allgemeinen
weniger objektive Wertungen als das Gefühl einer Aus-
wegsmöglichkeit aus der gegenwärtigen Emigrationskrise
bestimmend waren, dürfte unzweifelhaft sein.

Erst wenn die persönliche Fragestellung bei politischen
Anliegen mit aller Richtigkeit ausgeschaltet wird, be-
steht die Möglichkeit, die politischen Perspektiven solcher
Situationen zu beurteilen, wie sie sich jetzt in Deutschland
entwickeln.

Es kommt keineswegs darauf an, daß gegenwärtig in
erster Linie mit einem konservativen Restaurations-
versuch Rechnung gehalten werden muß, sondern darauf,
welchen Standort die breiten Massen in der
vor sich gehenden Entwicklung beziehen. Die zweite Frage
für die politischen Schlussfolgerungen der Emigration
kann darum ebensowenig auf die Möglichkeiten der Mit-
bestimmung und der „Nachpositionen“ abgestellt sein,
sondern lediglich darauf, welche Einflußmöglichkeiten auf
die Massen vorhanden sind. Dann tritt auch eine
Untersuchung nach dem Charakter einer Lockerung
des Regimes zwangsläufig hinter die Frage zurück, wie
ist eine Lockerung voranzutreiben und zur
Gewinnung der Massen auszunutzen. Niemand wird
eine Milderung der politischen Fesseln für unerwünscht
halten, aber sie kann nur mittelbar, nie unmittelbare Be-
deutung haben, solange nicht die Frage der sozialistischen
Revolution damit verknüpft ist. Und daß dieses Faktum
im Augenblick nicht akut ist, braucht nicht besonders be-
gründet zu werden.

Es gibt kein „kleineres Uebel“ — — — auch für die
Emigration nicht! Wenn sich gezeigt hat, daß Kreise der-
selben bei der ersten Gelegenheit bereit sind, sich in die
alt vertraute Legalität zurückzuschließen, dann gilt es jetzt
mit aller Eindringlichkeit darüber Klarheit zu schaffen,
daß am Ende des Legalitätshompromisses immer wieder
die Illegalität . . . oder der Untergang steht. Für die
Emigration darf es aber in erster Linie keine Zweifel
darüber geben, daß für sie nichts wertvoller ist als Lippen-
bekenntnisse. Für die, die später einmal drüben Hand
anlegen wollen, kommt es nicht auf das Bekenntnis,
sondern auf die Einsicht an. Man wird künftig mehr
Wert darauf legen müssen, die Urteils-
kraft zu schärfen, als nur zu überzeugen!
Hermann Ruter.

150 000 Arbeiter streiken Artillerie nach San Franzisko unterwegs

San Francisco, 17. Juli. An dem Generalstreik, der am
Montag morgen mit voller Wucht eingeschlagen hat, sind etwa
150 000 Arbeiter, davon 65 000 in San Francisco
selbst, und 50 000 in Oakland und Alameda auf der gegen-
überliegenden Seite der Bucht beteiligt. Da die 1 500 000
Seelen zählende Einwohnerschaft von San Francisco eine
Ausdehnung der Stadt durch die Zirkelenden sowie blutige
Unruhen befürchtet, hat eine allgemeine Abwanderung ein-
gesetzt. Einige Tausend Menschen haben bereits die Stadt
verlassen. Unter den Zurückgebliebenen herrscht eine wahre
Panikstimmung.

Die Lage wird durch einen kleinen Zwischenfall beleuchtet,
der sich am Montag zutrug. Da die Kavaliere des Zoo-
logischen Gartens, die täglich beträchtliche Mengen Fleisch
verzehren, bereits vom Hunger bedroht waren, hat ein Mi-
lioniär in Begleitung einer Polizei-Eskorte die von den
Streikenden um die Stadt gelegte Sperrung mit einem Kraft-

Die Hunger-Kriegswirtschaft beginnt

Erhöhte Getreidepreise — Vermehrte Zwangswirtschaft — Mehr Mele ins Brot — Die Rationierung folgt

Berlin, 17. Juli. Im Reichsgesetzblatt wird eine Ver-
ordnung zur Ordnung der Getreidewirtschaft veröffentlicht.
Der erste Abschnitt behandelt den Zusammenschluß der
deutschen Getreidewirtschaft und bestimmt, daß zur Regelung
der Versorgung sowie des Absatzes und der Bewertung von
Getreide, von Erzeugnissen hieraus und von Brot sowie der
Preise und Preisspannen für Erzeugnisse aus Getreide und
für Brot folgende Betriebe zu Getreidewirtschaftsverbänden
zusammengeschlossen werden:

1. Die Betriebe, die inländisches Getreide erzeugen,
2. die Betriebe, die Getreide oder Erzeugnisse hieraus herstellen,
3. die Betriebe oder Erzeugnisse hieraus verteilten,
4. die Brot herstellenden Betriebe.

Ministerialdirektor Morth gab zu der neuen Verord-
nung Erläuterungen, in denen er ungefähr folgendes aus-
sagte: Die diesjährige Ordnung der Getreidewirtschaft bane
auf dem Festpreissystem des vergangenen Jahres und
auf den Erfahrungen auf, die man mit der Marktregulierung
auf mehreren anderen Gebieten des Absatzes landwirtschaft-
licher Erzeugnisse gemacht habe. Der organisatorische Ausbau
der neuen Marktordnung für Getreide gebe aber einen
wichtigen Schritt weiter, indem der Verkehr vom Vertrieb
bis zum Verbraucher geregelt wird. Die Organisation werde
sicherstellen, daß in einzelnen Zeitabschnitten bestimmte
Mengen von Getreide abgeliefert werden. Die Verordnung
bringe weiterhin nicht nur Festpreise für Brotgetreide,
sondern auch für Hafer und Gerste, die nunmehr weder
über- noch unterschritten werden dürfen.

In einem weiteren Abschnitt der Verordnung wird der
Ausmaß der Erzeugung für Roggenmehl erhöht und auf 75 gegen
bisher 60 Prozent festgesetzt. Auf diese Weise werde ein Mehr
von Roggenmehl gewonnen, das etwa 450 000 Tonnen
Roggen entspreche.

Die Ernte dieses Jahres sei im Reichsdurchschnitt um
22 bis 24 Prozent geringer ausgefallen als die
des Vorjahres. Die neuen Getreidepreise müßten daher
beträchtlich höher sein als die der Ernte 1933. Das
würde aber eine allgemeine Brotpreissteigerung zur Folge

haben, die äußerst unerwünscht sei. Es würden daher der
Landwirtschaft bewußt gewisse Opfer für die Allgemeinheit
zugemutet, indem die neuen Getreidepreise für Roggen
im Durchschnitt „nur“ eine Erhöhung von 6 RM. für
Weizen eine solche von 10 RM. für die Tonne brächten.
Die Steigerung der Roggenpreise um 6 RM. für die Tonne
sei ohne nachteilige Folgen für den Brotpreis möglich,
weil der Roggen auf Grund des geleschlich auf 75 Prozent fest-
gesetzten Ausmaßesgrades eine erhöhte Mehlausbeute
liefern und der Mäher daher instande sein werde, diesen
Preisaufschlag zu tragen, ohne ihn im Verkaufspreis zum Aus-
druck zu bringen. Eine Verringerung der Preissteigerung
der Landwirtschaft sei auch noch darin zu sehen, daß die An-
fangspreise für das Getreide verhältnismäßig
hoch seien, dafür aber zu Ende des Wirtschaftsjahres nur
noch schwach ansteigen.

Die Sicherung der Stabilität der Brotpreise im all-
gemeinen besage nicht, daß nicht auf Grund der einseitigen
Regulierung der Mehlpreise gewisse örtliche Korrek-
turen erforderlich würden. Bäcker und Mehlhändler,
Mäher und Getreidehändler müßten sich im klaren sein, daß
in einer Zeit, in der der Bauer mit Rücksicht auf die dreiten
Massen des Volkes Opfer bringe, die Bäcker spanne und
Mehlspanne, die Mäher- und Getreidehändler-
spanne nicht unverändert in einer Höhe bleiben
könnten, die den bisherigen Gewohnheiten entsprechen. Nicht
nur die Bauern allein, sondern Bäcker und Mehlhändler,
Mäher und Getreidehändler, alle müßten sich bei den gegen-
wärtigen Verhältnissen zu sichern. (?)

Erhöhter Devisenmangel

St. Berlin, 16. Juli. Die Höchstgrenze der Inanspruch-
nahme des Devisenkontingents, ist für den Monat August
von 10 auf 5 Prozent herabgesetzt worden.

Ost-Locarno und Gleichberechtigung

Die Reichsregierung genießt kein Vertrauen

Paris, 17. Juli.

Daß Barthou sich in London verpflichtet, in die fran-
zösische Erklärung zu willigen und Deutschlands Recht auf
Rückgabe der Gleichheit anzuerkennen, wenn es einem „Ost-
Locarno“ beitrete: Das ist die große Frage, die jetzt allent-
halb in der französischen Öffentlichkeit aufsteht und in
immer steigendem Maße die Presse beschäftigt. „Paris-
Midi“ meint, daß die Rede, die Außenminister Barthou
am Sonntag in Bayonne hielt, die Antwort darauf gibt.

Es scheint nicht, so sagt das Blatt, als ob man im Ver-
laufe der Yvonne-Rede diese Auffassung irgendwie
deutlich zum Ausdruck gebracht habe, aber Tatsache ist es,
daß diese Frage jetzt nicht aus der öffentlichen Diskussion
verschwindet.

Jedenfalls habe Sir John Simon in seiner Unter-
hausrede mit klaren Worten gesagt, Deutschlands Beitritt
zu dem neuen Pakt lasse von vornherein die Vermutung zu,
daß ihm gewisse Zugeständnisse gemacht würden, die auf dem
Grundlage der Gleichheit der Rechte beruhten. Und „L'Es-
timateur“ sei in dieser Beziehung noch deutlicher geworden.

Welche Auffassung Barthou aber über diesen zur Dis-
kussion stehenden Gegenstand habe, geht aus seiner Sonntag-
rede hervor, wenn er dort sagte: „Ich lehne die Gleichheit ab,
wenn man sie von mir als Entschädigung für die Unter-
schrift unter den Pakt fordert.“ Wenn man von ihm ver-
lange, über die Abrüstung zu verhandeln, um dadurch zu
einem Ostlocarno zu kommen, dann würde er eine solche
Verfälschung ablehnen, für die es keinerlei rechtliche Be-
gründung gebe.

Aber Barthou lehne es nicht ab, die Gleichheit der Rechte
nach der Unterzeichnung des Paktes zur Diskussion zu stellen.
Niemand könne sagen, was am nächsten Tage sein
werde. Man könne wohl der Auffassung sein, daß, wenn die
Regionalpakte erst einmal verwirklicht sein würden, eine
neue Ära hereinbrechen, die geheite, die Tragweite dieser
Verträge auf die Abrüstung zu prüfen.

Das Blatt sieht daraus den Schluß, Frankreichs Abrüstung
sei keine Bedingung für das Ostlocarno, sondern sie könne
nur eine Folge davon sein. Man sehe wohl, daß sich

Barthou mit dieser Auffassung etwas von der Sir John
Simons und Mussolinis entferne.

Der gleichen Auffassung ist „Paris-Soir“, das den Wunsch
ausdrückt, Sir John Simon und Mussolini möchten sich
ebenso deutlich und klar im gleichen Sinne, wie Barthou
äußern. Das Blatt weist auch darauf hin, wie wertvoll der
Abschnitt in Barthous Rede gewesen sei, der in Bayonne an
den anwesenden politischen Vorkämpfer in Frankreich
gerichtet gewesen sei. Barthou habe deutlich unterstrichen,
daß ihm der politische Vorkämpfer gerade erst die Treue und
Unwandelbarkeit des französisch-polnischen Bündnisses pers-
sichert habe, und hinzugefügt, nichts würde in Zukunft fran-
zösisch-frenndlichen verringern, noch den Geist, die Ver-
bindungen und die Konsequenzen des französisch-polnischen
Bündnisses. „Paris-Soir“ kommt zu dem Ergebnis, daß
nach diesen Worten die polnisch-französische Freundschaft
durch einen Regionalpakt mit Rußland nicht gefährdet würde.

Zwischen Furcht und Hoffnung

Berlin, 17. Juli.

Der Berliner Sonderberichterstatter des „Paris-Soir“
drückt seinem Blatt, daß man in den Berliner politischen
Kreisen von Barthous Bayonner Rede alles andere als be-
gister sei. Man betone, wie entgegengesetzt sich in Ru-
ßland geäußert habe und wie schroff sich demgegenüber Bar-
thou ausgesprochen habe. Barthou folge immer mehr Voinarski's
Spuren, so drücke sich das „12 Uhr Mittagsblatt“ aus.

Man rechne in Berlin stark mit der Möglichkeit, daß Bar-
thou nicht für ein Ostlocarno zu haben sein werde. Aber
man mag noch nicht darauf zu hoffen, daß Polen eine in-
transigente Haltung einnehmen wird. Im übrigen bemüht
man sich wieder einmal, auf Wegen zwischen der fran-
zösischen Regierung und den ehemaligen Frontkämpfern zu
spekulieren. Am Montagmorgen hat man im Propaganda-
ministerium dem Vertreter des „Paris-Soir“ kurz und bün-
dig erklärt, Barthou sei nicht der von den französischen
Kriegsteilnehmern bevollmächtigte Vertreter.

wagen durchbrochen und Pferdefleisch herange-
schafft.

Eine unheimliche Stille herrschte am Montag in San
Francisco. Während die Behörden umfassende Maßnahmen
zur Aufrechterhaltung der Ordnung während des General-
streiks trafen, ruhie das Geschäftsleben bereits fast vollstän-
dig. Der gesamte Straßenbahnverkehr war eingestellt. Alle
Veranstaltungspaläste, Theater und Kleinveranstaltungen blieben
geschlossen. Mit der Schließung der Warenhäuser wird jeden
Augenblick gerechnet. Sämtliche Restaurants waren geschlossen,
mit Ausnahme der 19 Lokale, die der Generalstreikverbot
zur Speisung der Tausende von Einwohnern bestimmt hat,
die regelmäßig in den etwa 2000 Speisebäusern San Fran-
ciscos ihre Mahlzeiten einnehmen.

Bürgermeister Rossi ernannte einen aus 500 Persönlich-
keiten bestehenden Notaratsrat, der die Aufgabe hat, für
eine gerechte Verteilung der noch vorhandenen Lebensmittel
zu sorgen.

Im übrigen besteht die Gefahr, daß auch die Landarbeiter-
gewerkschaften den Sympathiestreik erklären. In Salinas
beschlossen bereits 750 Mitglieder der Gemüsepflanzen-Ver-
einigung einmütig in den Sympathiestreik zu treten.

In der Stadt haben sich wieder verschiedene Ausschreitun-
gen ereignet. So karmte eine Volksmenge ein Lebensmittel-
geschäft, das Preissteigerungen vorgenommen hatte. In
zahlreichen Fällen hielten Streikposten Privatkraftwagen an,
die Lebensmittel mit sich führten und warfen die Lebens-
mittel auf die Straße.

San Francisco, 17. Juli (D.M.) Ein Infanterieregiment
in Los Angeles erhielt den Befehl, sofort nach dem Streik-
gebiet aufzubrechen. Eine Abteilung Feldartillerie aus Los
Angeles mit 75 cm.-Geschützen ist unterwegs nach San Fran-
cisco, ferner mehrere Tanks mit Maschinengewehren. Bis
heute abend dürfte die Stärke der in San Francisco stehen-
den Nationalgarde etwa 6000 Mann betragen.

Im Laufe des Tages ist es zu ziemlich schweren Ausschrei-
tungen gekommen. Eine Menge von etwa 1500 Menschen
karmte und plünderte die Lebensmittelläden in verchie-

den Teilen der Stadt. Etwa 50 Personen drangen in das
angebliche kommunistische Hauptquartier in Hantward ein,
schleppten das Mobiliar hinaus und verbrannten es.

Sowjet-Rußland in Geni

Das Aufnahmegesuch

Geni, 16. Juli. Man erwartet hier in gut unterrichteten
Kreisen des Völkerverbundes Rußlands Gehör um Aufnahme
in den Völkerverbund im Laufe des Monats August, vielleicht
schon in den ersten Augusttagen. Offizielle Verhandlungen
darüber fanden bereits seit den letzten Wochen statt. Den
Sowjets sollen Stellen in der politischen, juristischen und In-
formationsabteilung des Völkerverbundes eingeräumt werden.

Moskau, 16. Juli. Sowjetrussische Pilgerer wer-
den in der letzten Juliwocche den Besuch erwidern, den im
September vorigen Jahres französische Pilgerer in Moskau
machten. Damals war der feierzeitliche französische Luftfahr-
minister Pierre Cot mit zahlreichen Begleitern auf dem Luft-
wege nach Moskau gekommen und hatte die russischen Piloten
auf dem Flughafen in Begleitung. Unter den russischen Teilnehmern an dem
Fluge nach Paris wird sich der Stabschef der rus-
sischen Luftstreitkräfte General Schripine und
der Leiter der zivilen Luftflotte Unschicht befinden.

Munitionsexplosion

Vier Tote

Geni, 17. Juli. Im Militärlager von Maison Vallée
in der Nähe von Paris explodierte wahrscheinlich infolge zu
harten Aufsehens eine Lunte mit Granaten. Vier Soldaten
wurden auf der Stelle getötet und eine größere Anzahl
anderer z. T. sehr schwer verletzt.

Die Arbeit der Mörder

Die versprochene Totenliste ist immer noch nicht da

Siebzehn Tage sind seit dem 30. Juni vergangen. Im gleichen Augenblick, als die Morde an Röhm und Schleicher bekannt wurden, wurde die Veröffentlichung einer Liste der Toten amtlich angekündigt. Die ganze Welt, die auf Rästelraten und Gerüchte angewiesen war, hat diese Liste immer wieder gefordert. Mit einigen Sägen glitt der Reichskanzler in seiner Verteidigungsrede über die 77 hinweg, die im Zuge der „Säuberungsaktion“ hingerichtet wurden. Namen hat er nicht genannt. Von Norden aus „Missverständnis“ hat er nicht gesprochen. Inzwischen werden Einzelheiten bekannt, in welcher vielfacher Weise Menschen niedergemetzelt wurden, deren Beteiligung an dem „Kampflott“ ebenso unwahrscheinlich wie unbewiesen sind. Die Zahl von 77 Toten, die Hitler im Reichstag genannt hat, verdient nicht den mindesten Glauben. In Wahrheit handelt es sich um mindestens 200 Morde. Ein ausländischer Diplomat hat erklärt, daß nach Auskünften, die ihm vorliegen, 200 bis 300 Menschen ermordet wurden.

Eine Reihe neuer Einzelheiten geben wir heute wieder. Wir tun es mit Vorbehalt. Aber die Wahrscheinlichkeit, daß sie der vollen Wahrheit entsprechen, ist groß. Die sonst so linke „Närrische Junge“ wagt gegen alle diese Nachrichten kein Dementi. Das läßt darauf schließen, daß die Wirklichkeit der „deutschen Bartholomäusnacht“ noch viel grauenhafter gewesen ist, als irgend ein „Greuelbericht“ wiedergeben kann.

Die Toten sind stumm. Die Angehörigen zittern — in Todesangst. Und die geduckte und feile Presse hat Schweigediktat.

Die Münchener Morde

Kahr und Dr. Glaser

Wien, 17. Juli. Die amtliche „Reichspost“ schreibt: Ueber die Ermordungen, die am 30. Juni verübt wurden, werden nunmehr entscheidende Einzelheiten bekannt. Der ehemalige Ministerpräsident von Kahr wurde bei seiner Festnahme von den Häftlingen nicht erschossen, sondern zu Tode mißhandelt. Nach Mitteilungen von Augenzeugen wurde der alte Mann die Treppe hinuntergeworfen und so getötet, daß er einem Herzschlag erlag. (Die Leiche von Kahr wurde bekanntlich im Dachauer Moor gefunden. D. N.) Nicht weniger grauhaft ist das Ende des früheren Landtagsabgeordneten und Rechtsanwalts Dr. Alexander Glaser, dessen Verbrechen es war, kürzlich einen Prozeß gegen den „Böhmischen Beobachter“ gewonnen zu haben. Dr. Glaser wurde im Vorzimmer seiner Wohnung vor den Augen seiner Familie niedergeschossen.

München, 17. Juli. (Zupress.) Der Mitarbeiter des ermordeten Direktors des Studenten-Austausch-Büros in

München Dr. Beck, Huber, wird vermißt. Man befürchtet, daß er das Schicksal Beck's geteilt hat.

Wo ist Dr. Albert Rosenfelder?

Im März 1934 wurde der Münchener Rechtsanwalt Dr. Albert Rosenfelder nach mehr als einjähriger Gefangenschaft im Konzentrationslager Dachau entlassen. Seitdem ist er spurlos verschwunden. Hat jemand eine Nachricht von ihm? Seine Angehörigen sind für jeden Fingerzeig dankbar.

Fritz Gerlich

München, 17. Juli. Zur Ermordung von Dr. Fritz Gerlich wird Berleht, daß dieser nicht erneut verhaftet, sondern in seiner Zelle im Polizeigefängnis in der Eitritze umgebracht wurde. Gerlich hatte übrigens in seiner Zeitschrift „Der gerade Weg“ früher stets sehr heftige Angriffe gegen Röhm wegen der homosexuellen Organe gerichtet, wiederholt sehr kompromittierende Dokumente veröffentlicht und war am 8. März 1933 auf Röhm's Befehl verhaftet worden. Es wird berichtet, daß sich unter den Toten auch der Baron Guttenberg befindet, ein Schwiegerohn des Fürsten von Schwarzenberg, Führer der bayerischen Monarchisten und Freund des Ex-Kronprinzen Rupprecht.

Held ermordet?

München, 17. Juli. (Zupress.) Nach einer Information, für die eine Bestätigung noch nicht zu erhalten war, soll sich der frühere Ministerpräsident Held unter den Ermordeten befinden.

Wie sie Mühsam peinigten

Das amtliche deutsche Nachrichtenbüro schreibt „Selbstmord“

Basel, 17. Juli. (Zupress.) Die Basler „National-Zeitung“ ist in der Lage, grauenhafte Einzelheiten über das Martyrium Erich Mühsams zu veröffentlichen, die bisher noch nicht bekannt geworden waren. Das Blatt schreibt: „Immer und immer wieder wurde der erst 57-jährige, aber zum hilflosen Greis Gemarterte, bis aufs Blut geprügelt. Er war seit Jahren schwerhörig und verlor daher eines Tages einen Gehörstisch; zur Strafe wurden ihm die Ohrmuscheln heruntergehauen. Und vielleicht das raffinierteste: Eines schönen Tages wird ein Drehorgelmann mit einem Klavier ins Lager herbeigeführt, die Gefangenen haben ihre Freude daran, besonders Mühsam, der glotzte und rasiert, mit lächerlichen Knabenstücken be-

leidet, selbst wie ein Affe aussieht, freischelt das Tierchen. Einer der Folterknechte bemerkte es und befiehlt dem Tierfreund, das Klavier zu banen. Da Mühsam außerstande ist, dem Befehl nachzukommen, erschließt der SA-Mann das Tier vor seinen Augen, um dem Gefangenen mit den Ohrstumpfen recht weh zu tun.“

Zu diesen Enthaltungen körperlicher und seelischer Folterungen bemerkt das Schweizer Blatt: „... Kein Berliner Dementi wird die Wahrheit dieser Mitteilungen bestreiten können.“

Treviranus' Flucht

Berlin, 17. Juli. Der frühere Reichsminister Treviranus, ein guter Freund des früheren Reichskanzlers Brüning, hält sich, wie festgestellt wurde, in England auf. Treviranus ist am 30. Juni aus Berlin geflüchtet. Er befand sich am 30. Juni morgens auf dem Tennisplatz hinter seiner Wohnung, als ein Mitglied seiner Familie bemerkte, daß zwei SS-Männer auf die Wohnung zugehen. Sofort wurde Treviranus in Kenntnis gesetzt, der sein Haus durch den hinteren Ausgang verließ und mit einem Auto flüchtete.

Schlesien

M. Breslau, 17. Juli. Aus Schlesien weitere Einzelheiten berichtet: Danach wurde der Chauffeur von Heines so schwer verprügelt, daß er ins Krankenhaus werden mußte. Unter den Toten soll sich ein Bruder von Heines befinden. In Waldenburg soll ein Brauereibesitzer, der dem Deutschen Nationalen Volkspartei früher angehört hatte, ums Leben gekommen sein. In Landsbut wurden zwei Kommunisten „auf der Flucht“ erschossen. In Hirschberg betrug die Zahl der Verhafteten 200.

„SA. marschier nicht mehr...“

Ein Tiroler Nazi-Lied

Unter den Tiroler Nationalsozialisten geht ein Lied um, das als Flugblatt auf den Straßen Innsbrucks verteilt wird:

Die Fahne hoch! — Die Zeiten sind verflossen — SA. marschier nicht mehr in rubig feinem Schritt. Kameraden, die uns Hitler meuchlings hat erschossen. Sie ziehn im Geist in unsern Reihen mit.

Herr Hitler hat die Hände uns geschlossen — Vor unsern Sturmlokalen steht ein Reichswehrmann — Und 100 Kameraden sind erschossen — Und diese Toten klagen furchtbar an.

Die Straß' ist frei von braunen Bataillonen, Die Straß' ist frei vom Sturmabteilungsmanne! Die Kameraden tief in unsern Herzen wohnen, Der Tag der Rache bricht für Hitler an!

Dann wird einst wieder zum Appell geblasen, Zur Rache stehen alle wir bereit — Dann wehen Freudenfahnen über alle Straßen, Denn Deutschland ist von Hitler dann befreit!

Nationalsozialisten sind es, die dieses Lied singen, Nationalsozialisten — und Landsleute Adolf Hitlers.

Das neue Reichsmenschenjagdgesetz

Wir sind in der glücklichen Lage, unseren Lesern den Entwurf des neuen deutschen Reichsmenschenjagdgesetzes vorzulegen, den das Reichskabinett in Kürze verabschieden soll. Der Entwurf ist die notwendige und aktuelle Ergänzung zu dem bereits zu Gesetzeskraft gelangten für Tiere geltenden Reichsjagdgesetz. Bei der Wichtigkeit der Materie bitten wir unsere Leser um weitestehende Verbreitung des neuen deutschen Reichsmenschenjagdgesetzes, das einen bereits vorhandenen Zustand endlich „rechtens“ gemocht hat.

Schon aus diesem Grund, insbesondere auch aus der interessanten Einleitung, die die Reichsregierung dem Entwurf vorausschickt, ist zu ersehen, daß es sich hier um äußerst dringliche, aber auch großzügige und mit seinem Verständnis durchgeführte nationalsozialistische Kulturarbeit handelt, die ihren Zweck, das deutsche Volk im Sinne des Nationalsozialismus weiterhin zu erziehen, nicht verfehlen wird.

Der erste Teil des Entwurfes lautet:

Die deutsche Regierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Die Liebe zur Menschheit und die Freude an der Fürsorge in Stadt und Land wurzelt tief im nationalsozialistischen Wesen. Ausgehend von uralter germanischer Überlieferung hat der deutsche Nationalsozialismus in den 15 Jahren seines Bestehens die edle Kunst des Menschenwandwerks zu neuem Leben erweckt. Für alle Zukunft soll die deutsche Menschheit dem deutschen Volk als wertvolles deutsches Volksgut erhalten bleiben, seine Liebe zur deutschen Heimatsholle vertiefen, seine Lebenskraft härten und ihm Erholung bringen von der Arbeit des Tages.

Die Wildnis eines jeden Menschenjäger ist es, das Menschenwild nicht nur zu jagen, sondern auch in Menschenwildlagern zu hegen und zu pflegen, damit ein artenreicher und abwehrfähiger Menschenwildbestand stets erhalten bleibt.

Das Menschenjagdrecht ist untrennbar verbunden mit der Zugehörigkeit zum deutschen Nationalsozialismus. Seine Ausübung kann nur nach den nationalsozialistischen Grundsätzen deutscher Wildgerechtigkeit zugelassen werden. Treuhänder der deutschen Menschenjagd ist der deutsche Reichsmenschenjägermeister. Er wacht darüber, daß niemand die Menschenjagd ausübt, der nicht wert ist, Sachwalter dieses anvertrauten deutschen Volksgutes zu sein.

Dem deutschen Volk nach dem Rechtsverständnis des Untermenschenwildes der letzten 2000 Jahre ein einheitliches Menschenjagdrecht zu geben, das diesen Grundsätzen entspricht, ist eine Aufgabe des neuen Reichs. Es erfüllt diese Aufgabe durch das nachfolgende Reichsmenschenjagdgesetz.

Erster Abschnitt

Das Menschenjagdrecht

§ 1

Das Menschenjagdrecht ist die ausschließliche Befugnis, jagdbaren Menschen (Untermenschen) nachzufolgen, sie zu jagen oder zu erlegen.

Das Menschenjagdrecht umfaßt die ausschließliche Befugnis, sich das Privatigentum verendeter jagdbarer Menschen anzueignen, es nach freiem Gutdünken zu zerstören oder zu behalten und über Art und Gründe des Ablebens des Verendeten öffentlich zu berichten.

Das Menschenjagdrecht unterliegt den Beschränkungen dieses Gesetzes.

§ 2

Jagdbare Menschen sind:

1. Ausländische Kommunisten, Sozialdemokraten, Pazifisten, Juden, Katholiken, Protestanten, die nicht der Richtung des Reichsbüros angehören, Stahlhelmlaute, Revolutionäre, Reaktionsäre, Greuelmörder, Mederer, Kritiker, unbotmäßige Sonderstrafhäftlinge, sämtlich in wildem und gezähmtem, in verhaftetem und unverhaftetem Zustand.

2. solche Menschen, die im Wege der Ergänzungsverordnung vor und nach ihrem Tode als jagdbar erklärt worden sind, und nach ihrem Tode als jagdbar erklärt worden sind, unabhängig zum Erlaß der Ergänzungsverordnung.

außer der Reichsregierung auch der Reichsmenschenjägermeister.

§ 3

Das Menschenjagdrecht steht den nationalsozialistischen Mitgliedern der Reichsregierung und der Landesregierungen, den Mitgliedern der SS, und den nationalsozialistischen Polizeibeamten ohne weiteres zu. An sonstige Personen kann es durch den Reichsmenschenjägermeister verliehen werden. Die Richtlinien hierüber erläßt der Reichsmenschenjägermeister. Das Menschenjagdrecht ist untrennbar mit der Eigenschaft als deutscher Nationalsozialist verbunden. Als selbständiges dingliches Recht kann es nicht begründet werden. Das Menschenjagdrecht darf nur im Inland ausgeübt werden. Das Saargebiet ist Inland im Sinne dieses Gesetzes. Zur Ausübung im Ausland ist besondere Genehmigung des Reichsmenschenjägermeisters erforderlich. Für die Ausübung des Menschenjagdrechts in dem unbesetzten deutsch-österreichischen Gebiet erläßt die näheren Richtlinien der Reichsmenschenjägermeister im Benehmen mit der Landesleitung Österreichs.

§ 4

Die Menschenjagd darf nur nach den allgemein anerkannten Grundsätzen deutscher Wildgerechtigkeit ausgeübt werden. Soweit Menschen gefangen sind, sind sie in Lagern zu hegen. Es ist verboten, den Menschenstand durch übermäßigen Abschub zu gefährden oder eine Menschenart auszurotten. Ausnahmen unterliegen der Genehmigung des Reichsmenschenjägermeisters. Dieser trifft auch die näheren Bestimmungen über Erschießen, Erhängen, Erschlagen, Erbrechen auf der Flucht, sowie über die Behandlung von Frauen und Kindern. Kinder unter sechs Wochen Alter dürfen weder in Lagern gehat, noch als jagdbar erklärt werden.

Zweiter Abschnitt

Menschenjagdbezirke

§ 5

Menschenjagdbezirke sind die Gebiete der nationalsozialistischen Gauleitungen. In einem Menschenjagdbezirk ist bei Erfüllung der sachlichen Voraussetzungen menschenjagdberechtigt, wer in diesem Bezirk seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat. Menschenjagdbezirke der nationalsozialistischen Mitglieder der Reichsregierung ist das gesamte Reichsgebiet, Menschenjagdbezirke der nationalsozialistischen Mitglieder von Landesregierungen das Gebiet ihres Landes.

§ 6

Befriedete Bezirke sind:

Säuglingsobehranhalten, Anrennanhalten, Krankenanstalten, christliche Kirchen und Begräbnisplätze. In diesen Bezirken darf die Menschenjagd nicht ausgeübt werden. Ausnahmen bedürfen der Genehmigung des Reichsmenschenjägermeisters. Dieser erläßt auch die örtlichen Bestimmungen über die Ausübung der Menschenjagd in Synagogen und auf jüdischen Friedhöfen.

Dritter Abschnitt

Beteiligung Dritter an der Ausübung des Menschenjagdrechts

§ 7

Menschenjagdvertrag

Die Ausübung des Menschenjagdrechts kann an Dritte verpachtet werden. Jedoch kann sich hierbei der Verpächter einen Teil der Jagdausübung, der sich auf bestimmte Menschenarten bezieht, vorbehalten. Der Pachtvertrag bedarf der Genehmigung des Reichsmenschenjägermeisters. Pächter darf nur sein, wer Nationalsozialist im Mitgliedsbuch Nr. 1 bis 50000 ist und mindestens im fünf Jahre Nachwuchs wegen Erlösens eines Menschen im Jünglingsalter des Untermenschenwildes erhalten hat oder nachweislich wegen der gleichen Handlung freigesprochen oder amnestiert wurde. Der Reichsmenschenjägermeister kann genehmigen, daß solche Personen, denen gleiche Handlungen ausstrafen sind, Pächter

sein dürfen. An Personen, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland haben, darf die Menschenjagd nur mit Genehmigung des Reichsmenschenjägermeisters verpachtet werden.

§ 8

Der Menschenjagdausübungsbescheid kann einem Dritten eine Menschenjagdausübungsberechtigung (Menschenjagdausübungsberechtigung) erteilt werden. Die Erteilung der Erlaubnis bedarf der Schriftform. Der Berechtigte ist zu vorläufiger Prüfung verpflichtet, daß er nur Gutes erprobt nationalsozialistischer Gesinnung und Treue die Menschenjagdausübungsberechtigung erteilt. In Zweifelsfällen hat der Berechtigte die Entscheidung des Reichsmenschenjägermeisters einzuholen. Der Menschenjagdausübungsberechtigte darf ohne Begleitung des Menschenjagdberechtigten die Menschenjagd nur ausüben, wenn er den Erlaubnisbescheid bei sich führt.

§ 9

Der Menschenjagdvertrag erlischt:

1. Wenn der Pächter aus der nationalsozialistischen Partei oder der SS, ausgeschlossen wird.
2. Wenn dem Pächter durch Entscheidung des Reichsmenschenjägermeisters die zur Ausübung des Menschenjagdrechts erforderlichen Eigenschaften abgeprochen werden.
3. Wenn der Menschenjagdpächter durch Entscheidung der gleichen Stelle selbst zum jagdbaren Menschen im Sinne des § 2 dieses Gesetzes erklärt wird.
4. Wenn der Menschenjagdpächter stirbt.

Vierter Abschnitt

Menschenjagdschein

§ 10

Wer die Menschenjagd ausübt, muß einen auf seinen Namen lautenden, mit Lichtbild versehenen Menschenjagdschein mit sich führen und diesen auf Verlangen den Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes vorzeigen.

Der Menschenjagdschein wird von der unteren Verwaltungsbehörde als Jahresjagdschein erteilt. Die erste Erteilung kann davon abhängig gemacht werden, daß der Bewerber eine Totschußprüfung bestanden hat. Die Einzelheiten regelt der Reichsmenschenjägermeister.

§ 11

Der Menschenjagdschein wird verlastet werden:

1. Personen, die noch nicht 14 Jahre alt sind;
2. Personen, die infolge körperlicher oder geistiger Mängel unfähig sind, jagdbare Menschen mit Sicherheit umzubringen;
3. Personen, deren bisheriges Verhalten besorgsam läßt, daß sie unvorsichtig umbringen, insbesondere Personen, die verheerend nationalsozialistischen umgebracht haben, deren Umbringung nicht angeordnet war;
4. Personen, denen der Menschenjagdschein entzogen ist, während der Dauer der Entziehung;
5. Personen, die rechtskräftig zu Zuchthausstrafe verurteilt oder unter Polizeiaufsicht gestellt sind oder denen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind, soweit sich die dem Urteil zugrunde liegende Tat gegen einen Nationalsozialisten richtete, nichtete sich die Tat, wegen deren Verurteilung erfolgte, gegen einen Nationalsozialisten, so ist dies kein Grund zur Verlastung des Menschenjagdscheins. Hierbei macht es keinen Unterschied, ob es sich bei der dem Urteil zugrunde liegenden Tat um ein politisches oder um ein kriminelles Verbrechen handelte.

§ 12

Jugendmenschenjagdschein

Personen, die noch nicht vierzehn, jedoch mindestens zehn Jahre alt sind, kann ein Jugendmenschenjagdschein erteilt werden. Dieser berechtigt zur Ausübung der Menschenjagd in Begleitung des Erziehungsberechtigten oder einer von dem Erziehungsberechtigten schriftlich beauftragten Aufsichtspersonen. Er berechtigt nicht zur Teilnahme an Gesellschaftsmenschenjagden.

Hotelbesitzer jammern

So manches hat sich in den letzten Wochen im Hitler-Reich geändert. Nicht nur, daß dort an Stelle von Juden und Marxisten nunmehr auch in Massen SA-Führer, verdienstvolle rechtsstehende Offiziere und Beamte sowie katholische Führer „beseitigt“ werden, sondern auch der bisherige Siegeston der gleichgeschalteten Presse über die einzig dastehenden herrlichen Erfolge des Dritten Reiches auf wirtschaftlichem Gebiete weicht langsam einem Katzenjammer. Die Wahrheit läßt sich selbst im Hitler-Reich auf die Dauer nicht verbergen. Die gleichgeschalteten Skribenten sehen sich denn auch angstvoll gezwungen, das Hamstern, die Veeindeckungen, die Preistreiberi, den Uebergang zur Ersatzstoffwirtschaft und andere Annehmlichkeiten in ihren Blättern festzustellen. Und immer mehr beginnen einzelne Gewerbeverbände, trotz aller Begeisterung für die genialen Rezepte des „Volkskanzlers“ zur Überwindung der Krise, offen zu jammern. Zunächst wagte man nur ganz zaghaft, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen. Dann wurde man aber immer freudlicher. Den Vogel hat aber in dieser Beziehung sicherlich die Gaufachschaft für das Rheinische Hotelgewerbe abgeschossen. Wir wissen nicht, ob es dem Gaufachschaftsleiter mit dem schönen Namen Kurt Wurm und dem Gauverwalter Robert Schöpwinkel die Hitze angetan hat: jedenfalls haben diese beiden braven Hakenkreuzler diesmal, statt der üblichen Phrasen, kein Blatt vor den Mund genommen und gründlich ausgepackt.

Der Gaufachschaftsleiter Kurt Wurm erklärte in der stark besuchten Versammlung unter anderem:

„Während in diesem Jahre aus England noch Zureisende festzustellen seien, habe der Zustrom aus Amerika gänzlich aufgehört. Trotz Oberammergauer Festspiele und mancher nützlicher Maßnahme einzelner Städte, des Reiches (Ausgabe der Registermark) und der Reichsbahn, lasse sich schon jetzt sagen, daß der rheinische Fremdenverkehr kaum eine Belebung gegenüber dem Jahre 1933, das schon sehr schlecht gewesen sei, aufweisen werde.“

Sehr unzufrieden ist der Gaufachschaftsleiter mit den Hypothekenbanken. Wir, in unserer Einfalt, glaubten, daß numehr nach anderthalbjähriger Herrschaft Hitlers und seines Treues Feder die Zinsknechtschaft längst gebrochen sei. Aber es stellte sich heraus, daß sie weiter blüht, und so muß der arme Gaufachschaftsleiter feststellen, daß „manches Hotelobjekt unter den Hammer gebracht wurde“. „Hier muß Einhalt geboten werden“, schrie er pathetisch auf, und die versammelten Hotelbesitzer stimmten beifällig zu.

Mit der Belastung des Hotelgewerbes durch die Hauszinssteuer ist Kurt Wurm ebenfalls unzufrieden. „Die Hauszinssteuer“, so sagte er, „wirke sich für das Hotelgewerbe geradezu als Sondersteuer aus. Aber zu einer durchgreifenden Maßnahme sei es bisher noch nicht gekommen. Die Grundgebühren, mögen sie nun Grundvermögenssteuer, staatlicher Zuschlag, Gemeindeforschlag oder Hauszinssteuer heißen, müßten auf ein ganz geringes Maß herabgesetzt werden, denn bei dem heutigen stark geschrumpften Umsatz sei es nicht möglich, Grundgebühren zu zahlen, die noch nach den Maßstäben der Friedenszeit berechnet werden.“

Die Gaufachschaftsleiter Wurm ist sich der hohen kulturellen Mission der Hotels für die nationalsozialistischen Bonzen durchaus bewußt, und so ruft er, auch auf die Gefahr hin, mit dem Konzentrationslager Bekanntheit zu machen, am Schluß seiner Rede aus:

„Man sagt uns, daß wir in der kulturellen Entwicklung des Landes einen bedeutsamen Faktor darstellen. Man muß uns aber auch die Möglichkeit geben, das zu sein, was wir sein sollen. Und deshalb kann nicht klar und deutlich genug gesagt werden: wenn nicht nach der von mir angegebenen Richtung bald eine Entlastung, und zwar eine sehr starke Entlastung eintritt, wird es vielen von uns, die wir hier zusammensitzen, nicht möglich sein, unsere Betriebe über den Herbst hinauszubringen.“

Und der Gauverwalter Robert Schöpwinkel wagte es in seiner Verzweiflung sogar, Dr. Ley und seine Organisation anzugreifen. „An die Tätigkeit der Organisation „Kraft durch Freude“ — so lesen wir in der „Kölnische Zeitung“ — knüpfte der Redner den Wunsch, daß nur die wirklich Bedürftigen sich dieser Hilfe erfreuen dürften, nicht solche, die ein ausreichendes Einkommen besitzen, um die Kosten ihrer Erholung aus eigener Kraft zu bestreiten.“

Nach all diesen und anderen unerfreulichen Feststellungen gingen die Hotelbesitzer des Rheinlandes betrübt auseinander, und sie sangen nicht einmal am Schluß der Versammlung das Horst-Wessel-Lied. Ober vielleicht hat ihnen der Reichsfachschaftsleiter, Herr Friß Dreessen, einen Wink gegeben? Der hat sein Hotel nämlich in Bad Godesberg, von wo aus Hitler seinen heroischen Nachtflug nach München am 30. Juni startete. Der Dreessen muß es ja wohl wissen, warum das Horst-Wessel-Lied nicht mehr salonfähig ist.

Deutscher Außenhandel

Im ersten Halbjahr 1934 mit 216 Millionen RM. passiv

Berlin, 17. Juli. Deutschlands Außenhandel hat im Juni eine unwesentliche Besserung erfahren, indem sein Einfuhrüberschuß geringfügig auf 42,2 Mill. RM. im Mai auf 38,8 Mill. im Juni zurückgegangen ist. Diese Ziffer bedeutet aber gegenüber dem Ausfuhrüberschuß von 27,9 Mill. RM. im Juni 1933 noch eine Verschlechterung um 66,2 Mill. RM. Die seit Ende März verhängten Einkaufsverbote im Ausland für die hauptsächlichsten Rohstoffe scheinen sich demnach noch nicht ausreichend ausgewirkt zu haben; jedoch muß dies bei der jetzigen scharfen Devisenreparatur in den nächsten Monatsergebnissen allmählich stärker in einer Entlastung der Einfuhr in Erscheinung treten. Eine beginnende Auswirkung kann aber vielleicht bereits darin gesehen werden, daß die Einfuhr entgegen der saisonmäßigen Zunahme vom Mai zum Juni diesmal eine kleine Abnahme von 379,5 Mill. auf 377,1 Mill. RM. und mengenmäßig etwas stärker um 3 Prozent zu verzeichnen hat. Bemerkenswert ist, daß der Import damit aber noch immer über dem Vorjahresstand von 356,6 Mill. RM. liegt. Auf der andern Seite hat sich die Ausfuhr mit 388,8 Mill. gegenüber 337,3 Mill. RM. im Mai etwa auf dem niedrigen Stand des Vormonats behauptet, während im Vorjahr der Export im Juni um 2

Schachts Niederlage

Das Ende der Großmäuligkeit - Vernichtung der Handelspolitik - Wachsende Arbeitslosigkeit - Steigende Inflationsfurcht

Die blutige Mezelei der Hitler und Göring, die die politische Isolierung Hitler-Deutschlands vollendet hat, hat auch viel dazu beigetragen, die Niederlage in den Transferverhandlungen zu vergrößern. Die deutsche Gangster-Regierung ist kein ebenbürtiger Verhandlungspartner mehr und der Anschlag der Ressort-Verhandlungen auf die ausländischen Gelder ist kläglich mißlungen.

Was für Töne hatte noch zehn Tage vor der Schlächtere der Hitler-Genosse Schacht angeschlagen! Eine Bevorzugung der Dawes- und Younganleihe, führte er vor der eigens zusammenberufenen Auslandspreste aus, dürfe nicht erfolgen. Die Einführung eines Clearings, drohte er, würde Deutschland einfach mit der Ablehnung jeglichen Verkehrs mit den betreffenden Ländern beantworten. Und dann formulierte der betrügerische Bankrotteur, wie ihn jetzt endlich auch das Ausland nennt, noch Bedingungen! Erstens: Wiedergabe der Kolonien. Zweitens habe das Ausland einen Mehrexport deutscher Waren in dem Ausmaß zuzulassen, in dem es die Bezahlung der Schulden wünsche. Drittens müsse ein entsprechender Nachlaß an Kapital oder Zinsen gewährt werden. Sonst! Sonst könne sich Deutschland auch eines Tages sagen, daß es nicht mehr so stark am Zahlen interessiert sei! Die Gläubiger-Staaten, und diesmal vor allem England, ließen sich nicht einschüchtern. Die englische Regierung ließ sich von ihrem Parlament zur Einführung eines Zwangsclearings bevollmächtigen,

und die deutsche erklärte nicht etwa unter dieser Drohung nicht verhandeln zu wollen, sondern schickte schleunigst eine Verhandlungskommission nach London.

Verhandlungskommission ist übrigens noch eine viel zu weitgehende Bezeichnung. Denn über die famosen Bedingungen Schachts haben die Engländer überhaupt nicht gesprochen. Die wurden mit einer Handbewegung vom Tisch gewischt.

Schachts Niederlage in England

Die englische Regierung, die von Anfang an das Hauptgewicht auf die Transferierung der Zinsen für die Dawes- und Younganleihe gelegt hatte, hat ihren Willen restlos durchgesetzt. Die Zinsen werden in voller Höhe übertragen, nur die Tilgung wird für ein halbes Jahr ausgesetzt. Für die mittel- und langfristigen Schulden hat England die Meistbegünstigung durchgesetzt. Alle Zugeständnisse, die Deutschland einem anderen Gläubigerland macht, können von den britischen Gläubigern in Anspruch genommen werden unter Berücksichtigung aller Vorteile, die Deutschland von einem anderen Gläubigerland erhält. Mit anderen Worten: Die Zugeständnisse, die Deutschland den Gläubigern der Schweiz und Hollands machen muß, will England gleichfalls beanspruchen, und es ist leicht möglich, daß es über diese Frage, die sich nach dem Abschluß der Abkommen mit den übrigen Ländern stellen wird, zu neuen Konflikten kommt. Das Abkommen ist auf ein halbes Jahr beschränkt und die englische Regierung hat keinen Zweifel gelassen, daß, wenn die Abmachungen nicht erfüllt werden oder nach Ablauf dieser Frist keine neuen zustandekommen, das Zwangsclearing sofort in Kraft gesetzt werden wird. Die englische Regelung der Fortzahlung der Dawes- und Youngverpflichtungen wird wohl auch auf die andern, nicht britischen Besitzer dieser Anleihen ausgedehnt werden müssen. Schon hat die amerikanische Regierung in drohendem Ton erklärt, daß sie eine Diskriminierung, Schlechterstellung ihrer Bürger nicht dulden werde und denselben Standpunkt nimmt die schwedische Regierung ein, die auch eine Gleichstellung der Kreugeranleihe fordert.

Jedenfalls kann jetzt damit gerechnet werden, daß entgegen der Erklärungen der Reichsbank die Fortzahlung und Transferierung der Zinsen auf die ausländischen Reichsanleihen erfolgen wird. Es handelt sich dabei um den ins Gewicht fallenden Betrag von rund 100 Millionen RM. auf das Jahr gerechnet.

Die privaten Schulden

Mit der Schweiz ist eine Verständigungsgrundlage gefunden worden, die im Wesentlichen die Einführung eines Clearing im gegenseitigen Einvernehmen bedeutet. Die Zahlungen für alles, was Deutschland in der Schweiz liefert, bleiben in der Schweiz und fließen in einer Verrechnungskasse zusammen. Desgleichen sammeln sich die Zahlungen für alle schweizerischen Lieferungen nach Deutschland bei der deutschen Verrechnungskasse. Die in der Schweiz verbleibenden Beträge können im gegenseitigen Einverständnis verwendet werden. 1. zur Deckung der schweizerischen Warenlieferungen; 2. zur Deckung der Reiseverkehrskosten und 3. zur Deckung der Zinsen und anderen periodischen Leistungen, die Deutschland obliegen.

Man wird das Ende der Verhandlungen abwarten müssen, um sich ein abschließendes Urteil bilden zu können. Aus Berlin wird gemeldet, daß keine volle Transferierung der Zinsenzahlungen erfolgen soll, dafür sollen aber die schweizerischen Gläubiger einen Teil ihrer Kapitalforderungen durch verstärkte Tilgung zurückerhalten. Ein ähnliches Abkommen mit Holland steht vor der Unterzeichnung, während die Verhandlungen mit Schweden und den Vereinigten Staaten noch fortauern. Jedenfalls werden also auch Zinsbeträge für die privaten Schulden in erheblichem Maße transferiert werden müssen.

Prozent absank. Trotzdem wurde damals noch für 384,5 Mill. RM. ausgeführt. Für eine eingehendere Beurteilung der Ergebnisse müssen erst noch die Einzelziffern abgewartet werden.

Für das nunmehr abgelaufene erste Halbjahr 1934 errechnet sich ein Defizit im Außenhandel von 216 Mill. RM. oder von 36 Mill. RM. im Monatsdurchschnitt, dem im ersten Halbjahr 1933 ein Ausfuhrüberschuß von 291 Mill. RM. oder rund 48 Mill. monatlich gegenübersteht.

Das volle Transformatorium, das Schacht als vollendete Tatsache dem Ausland aufoktroieren wollte, ist gescheitert. Damit dauert aber die Krise der Reichsbank und die Krise des deutschen Außenhandels fort. Die Maßnahmen zur Drosselung der Einfuhr folgen einander auf dem Fuß.

Sinkende Beschäftigung in Deutschland

Am einschneidendsten wirkt der Beschluß der Reichsbank, Devisen zur Bezahlung der Einfuhr nur in dem Maße zur Verfügung zu stellen, als bei ihr Devisen tatsächlich eingehen. Das geht natürlich nur auf Kosten der Wirtschaft und schon wird von der Textilindustrie ein Rückschlag infolge Rohstoffmangels gemeldet. Dazu kommt die staatliche Bewirtschaftung aller wichtigen Rohstoffe und wichtige Einfuhrverbote. So ist das zunächst bis zum 30. Juni befristete Einkaufsverbot von wollenen Rohstoffen und Halbfabrikaten im Ausland jetzt mit unbefristeter Dauer verlängert worden. Und die Folge? Die Absperrung vom Weltmarkt hat die deutschen Preise fortgesetzt in die Höhe getrieben. Man erinnert sich, daß die neue Reichswollverwertungsgesellschaft für deutsche Inlandwolle Festpreise bedeutend über den Weltmarktpreis festgesetzt hatte, um die deutsche Produktion anzustacheln. Jetzt haben die Wollpreise diese Festpreise bedeutend überschritten. Natürlich macht dieses Preisniveau, gegen das die Behörden immer wieder und immer vergebens ankämpften, jeden Export von wollenen Fertigwaren unmöglich und das bedeutet sinkende Beschäftigung und sinkende Deviseneinnahmen.

Die ungenügende Devisenzuteilung hat zu einer völligen Verwirrung im Zahlungsverkehr geführt. In einem geharnischten Schreiben, das Herr Leith-Ross, Englands Vertreter in den Transferverhandlungen, eben an die deutsche Regierung gerichtet hat, heißt es:

„Meiner Regierung gehen in steigendem Maße Klagen zu, daß Zahlungen, die von Deutschland für bereits gelieferte Waren geschuldet worden, neuerdings nicht ordnungsmäßig geleistet werden. Diese Klagen scheinen besonders auf die jüngst getroffene Entschließung zurückzugehen, wonach die Zuteilung von Devisen an deutsche Importeure auf den Betrag beschränkt wird, der bei der Reichsbank täglich eingeht.“

Ich hoffe zuversichtlich, daß die deutsche Regierung diesen unerfreulichen Zustand bald wieder abstellen können, der sonst auf die Handelsbeziehungen und Kreditmöglichkeiten Deutschlands ernsthafte Rückwirkungen haben muß.“

Und der Engländer dringt sehr energisch auf Klärung! Ähnliche Klagen kommen aus andern Ländern und immer mehr häufen sich die Fälle, in denen die ausländischen Exporteure die Auslieferung der Ware verweigern, bevor die Devisen überwiesen sind.

Die Krise der Handelspolitik

Es ist also augenblicklich eine außerordentliche Unsicherheit in alle Geschäfte mit Deutschland hineingetragen. Genaue Kalkulationen werden immer schwieriger sowohl für die Importeure als Exporteure, wie auch für die deutschen Fabrikanten, die mit immer geringerer Sicherheit auf die notwendigen Rohstoffe, ihr Eintreffen im richtigen Zeitpunkte und in genügender Menge nehmen können. Aber diese privatwirtschaftliche Unsicherheit ist nicht das einzige. Diese Rohstoff- und Devisenbewirtschaftung trifft die verschiedenen Länder, mit denen Deutschland im Handelsverkehr steht, in ganz verschiedenem Maß. Da die Devisenzuteilung und Einfuhrerlaubnis von den deutschen Stellen willkürlich erteilt wird, je nachdem, was sie für die deutsche Wirtschaft als mehr oder minder wichtig betrachten, werden die anderen Länder in ihren Einfuhrmöglichkeiten verschieden getroffen. Die Bestimmungen der Handelsverträge verlieren ihren Sinn, namentlich der Grundsatz der Meistbegünstigung und die Konfliktmöglichkeiten müssen sich immer mehr häufen. Der auswärtige Handel Deutschlands muß deshalb in immer größere Schwierigkeiten kommen — jede vernünftige Handelspolitik immer unmöglicher werden.

Mit so schweren und zunehmenden Wirtschaftstörungen hat die Reichsbank schließlich den weiteren Abfluß von Gold zum Stillstand gebracht. Der Gold- und Devisenbestand betrug am 30. Juni 76,8 Millionen, um 300 000 Mark mehr als in der Vorwoche, während in der Woche vorher noch ein Abgang von 24 Millionen erfolgt war. Die Noten-„deckung“ beträgt zwei Prozent, die des Geldumlaufes 1,6 Prozent! Bemerkenswert ist die starke Inanspruchnahme der Reichsbank und die Steigerung des Notenumlaufes. Zugleich wird die Zusammensetzung des Wechselbestandes der Reichsbank immer schlechter, da rund 40 Prozent aus Arbeitsbeschaffungswechseln bestehen.

Wachsende Inflationspolitik

Es ist deshalb erklärlich, daß trotz aller offiziellen Kundgebungen oder gerade ihrerwegen die Symptome steigender Inflationsfurcht zunehmen. Sehr merkwürdig ist, daß im Mai zum erstenmal seit mehreren Jahren bei den Sparkassen an Stelle eines Uberschusses der Einzahlungen über die Auszahlungen ein Auszahlungsüberschuß von 6 Millionen entstanden ist. Die Einleger beginnen unruhig zu werden, mit Recht, angesichts der verantwortungslosen Finanzwirtschaft und der steigenden Inanspruchnahme der Sparkassenreserven für öffentliche Zwecke. Ebenso beweist die Häufung der Kundgebungen gegen das Hamstern nur das völlige Versagen dieser Maßnahmen. Die Flucht in die Sachwerte geht fort und sie ist ja auch der einzige Schutz gegen die Folgen der Inflationspolitik der Diktatur. Der wirtschaftliche Verfall nimmt seinen Fortgang.

Dr. Richard Kern

Die Revolte der Unterwertigen

Von Hans Bauernsohn

In ein kleines deutsches Landesparlament rückten nach der Wahl vom 14. September 1930 sieben nationalsozialistische Abgeordnete ein, die durch ihr unbekanntes Rowdium die übrigen dreißig Abgeordneten des Hauses terrorisierten und jede sachliche Arbeit unmöglich machten. Die Protokolle dieses Parlaments — es handelt sich um den Braunschweigischen Landtag — aus jener Zeit folgende Zwischenrufe dieser sieben braunen Abgeordneten auf:

- „Ihr seid ja alle verkalkt!“
- „Schaumschläger!“
- „Schwindler!“
- „Sie haben ja ein dickes Fell, und wenn das nicht wäre, käme ihre schwarze Seele zum Vorschein!“
- „Sie verwechseln ja die Begriffe!“
- „Mit ihren Köpfen werden die Kinder Fußball spielen!“
- „Halten Sie die Gosch!“
- „Ministerpräsident Braun-Preußen muß zehn Jahre Zucht-haus bekommen!“
- „Sie sind der Wolf im Schafskleide oder umgekehrt!“
- „Sie als Ochs kommen überhaupt nicht in Frage!“
- „Ihr Orang-Utangs!“
- „Lassen Sie Börsing mit dem Schnapsbuddel antreten.“
- „Sie sind eine Brillenschlange!“
- „Sie sind feige!“
- „Er leckt schon!“
- „Edelquatsch!“
- „Schweinerel!“
- „Die Käufer im Konsumverein sind Dummköpfe!“
- „Sie Schwindler!“
- „Ich empfehle Ihnen etwas Baldriantropfen!“
- „Sie haben gelogen!“
- „Unverschämter Geselle!“
- „Sie sind die Partei der Unsauberkeit!“
- „Unverschämter Kerl!“
- „Das ist ja Blödsinn!“
- „Sagen Sie sich hin und schämen Sie sich!“
- „Sie sind ein Schmutzfink!“
- „Unverschämte Bemerkungen!“
- „Er ist ein Spiegelfechter!“
- „Wir schmeißen Sie da herunter!“
- „Er kriegt eine Tracht Prügel!“
- „Wir können ja hier mal Bürgerkrieg anfangen!“
- „Laternenpfahlschnecken!“
- „An den Laternenpfahl!“
- „Sie sind ein Lügner!“
- „Bonze!“
- „Karstadttag!“
- „Judenknecht!“
- „Mit faulen Eiern müßte man werfen!“
- „Das ist eine lumpige Redensart!“
- „Quasselfrige!“
- „Dreckspatz!“
- „Gegen solche Brüder wie Sie müßte man noch ganz anders vorgehen!“
- „Sie haben wohl Wachs in den Ohren!“
- „Elender Verleumder!“
- „Fauler Pflaumen!“
- „Hilferding und Genossen haben Geld verschoben!“
- „Heil Heines!“ (Fememörder!)
- „Sehen Sie sich vor!“
- „Demagoge!“
- „Unverschämter Patron!“
- „Arbeiterverräter!“
- „Das kann ein Esel nicht verstehen!“

- „Sie sind der größte Giftmischer!“
- „Quasseln Sie nicht dazwischen!“
- „Menschenskind, quasseln Sie nicht!“
- „Sie sind ein Verbrecher!“
- „Schauspieler!“
- „Sehen Sie sich in den Spiegel, dann sehen Sie Ihr ver-soffenes Gesicht!“
- „Sie werden noch mit den Beinen schreien!“
- „Sie sind ein Heuchler!“
- „Sie sind der größte Schwindler!“
- „Er ist degeneriert!“
- „Ihr habt es mit der Schnauze, Maulaffe!“
- „Feiges Gesindel!“
- „Sie sind ein Kadaver!“
- „Sie sind geistig vernachlässigt!“
- „Jetzt fängst Du an zu schwindeln!“
- „Ein schönes Affentheater ist das!“
- „Sie Abenteurer, rutschen Sie man nicht vom Stuhl!“
- „Sie gehören in den Gorillastall, Herr Doktor!“
- „Die Hohlheit ihres Gehirns!“
- „Ihre Verbrecherpartei!“
- „Sie sind geistig verkalkt!“
- „Sie machen Dienst am Dreckkübel!“
- „Ih. ist die Mensch gewordene Lüge!“
- „Das Lachen ist nur Verlogenheit!“
- „Sie sind ein Mensch, der aus der Zelle entsprungen ist, aber kein Mensch und auch kein Tier ist!“
- „Sie haben Ähnlichkeit mit einem Ochs!“
- „Sie können mal eine richtige Ohrfeige bekommen!“
- „Wir verkaufen unser Oma ihr klein Häuschen!“
- „Herr Th., Sie werden Clown im neuen Zirkus!“
- „Ihre Dummheit reicht an meine Dummheit nicht heran!“ (!)
- „Sie sind einer von den Mördern!“
- „SPD. heißt Saupack!“
- „Sie haben sich die Ohren nicht gewaschen!“
- „Sie sind der Mensch geworden die geübte Kerl!“
- „Ich würde Severing eine Ohrfeige geben!“
- „Sie sind stinkend faul!“
- „Er bleibt der Lügenfreund!“
- „Sie sind schon versteinert!“
- „Der Komiker ist wieder da!“
- „Sie reden doch nur Quatsch!“
- „Sie waren mit den Schweinen nicht gemeint, es waren polnische Schweine!“
- „Du bist in der Abdeckerei!“
- „Sie sind der größte Misthaufen, der existiert!“

Mit dieser Auslese mag es genug sein. Sie zeigt uns klar und deutlich, was alle die ersten Männer, die ihr Leben lang darauf eingestellt waren, sachliche Arbeiten für ihr Volk und ihre Wähler zu leisten, unter der Invasion dieser braunen Lämmel zu erdulden hatten, die sich als neugebackene Würdenträger in den Sälen der Plenarsäle räkelten. Wer waren diese rüpelhaften Schreier? Was ist aus ihnen geworden? An den geschilderten Exzessen beteiligten sich die Naziabgeordneten Schneider-Gandersheim, Groh-Braunschweig, Alpers-Braunschweig, Schmidt-Bodenstedt, Vahl-dieck-Braunschweig, Zörner-Braunschweig und Bertram-Wolfenbüttel. Schneider ist heute Bürgermeister von Bad Grund, Groh hoher Steuerbeamter in Braunschweig, Alpers Justizminister in Braunschweig, Schmidt Staatsrat in Braunschweig, Bertram Staatsrat in Braunschweig, Zörner Oberbürgermeister von Dresden und Vahl-dieck Präsident der Handwerkskammer in Braunschweig.

Der SA zum Abschied

Von Theodor Plivier

Die braunen Uniformen ziehen wir aus, erüchtelt gehen wir nach Haus. Wir nannten uns der Revolution Garant, und waren doch nur Hitlers lange blutige Hand. Wir zählten nicht die Toten, die Leichen der Roten. Vielleicht, vielleicht waren es Brüder? Wir haben sie umgelegt, jeht hat der gleiche Wind uns weggeegelt. Adolf Hitler, den wir hochgetragen, Er hat die braune SA. zerschlagen. Das Hakenkreuzbanner flattert in Fegen, Uns braunen Soldaten bleibt das Entsetzen.

Wirths Kinechtung

Die Urdinda, ein Produkt demokratisch-liberalen Geistes... Den Rassefakten des „dritten Reiches“ von Dr. Leers bis Wirth ist Saures widerfahren: die von Hermann Wirth ausgegebene „Frisenbibel“ wurde als demokratisch-liberalistische Satire entlarvt. Das geschah in der neuen Aula der Berliner Universität als Schlussergebnis einer längeren wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Das Juniheft der „Literatur“ (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart) nennt diese Aussprache eine öffentliche Hinrichtung, die unter Aufsicht des Göttinger Rektors, Professor Neumann, vollzogen wurde und berichtet dann weiter:

„Hermann Wirth erzählte, was er in früheren Vorträgen schon seine Jünger gelehrt hatte, daß es nämlich mit den Methoden der sünftigen Altertumskunde und Germanistik nicht gelingen werde, in das Ahnenerbe der Germanen verständig einzudringen. Daß sich die Forscher neu orientieren und weltanschauliche Bereitschaft und glühende Versteherung mitbringen müßten, wodurch ihnen erst das Deuten der Runensymbolik möglich würde. Diese Eigenschaften besaß nur er im vollsten Maße, er, Hermann Wirth.“

... Nachdem schon Neckel auf den politischen Schaden hingewiesen hatte, den Wirth mit seiner Neuausgabe gestiftet hätte, brachte Hübner dazu die entscheidenden Beweise, indem er zeigte, daß die Chronik eine Fälschung, ihr Inhalt aber eine Ausgeburt rationalistischen Geistes, eine fast wörtliche Uebersetzung von Leitsügen der französischen Revolution sei. Getragen vom Geist der Aufklärungszeit, geschaffen von einem naiven Polyhistor, stelle die Fälschung den Traum von einem Idealreich in Urzeiten dar. Unter braunem Beifall wies Hübner an Stellen der Chronik nach, daß der Fälscher ein Demokrat, ein handfester Aufklärer gewesen sei, daß seine weltanschaulichen Voraussetzungen nur von einem Laien für germanisches Gedankengut gehalten werden konnten.

In der vierstündigen Diskussion bewies die sünftige Wissenschaft, daß sie durch die Heilslehre eines Hermann Wirth nicht irritiert werden kann und daß vor allen Dingen in der Wissenschaft nicht der Glaube weise macht, sondern vorläufig noch das Wissen.“

Das alles wäre nur zum Brüllen, wenn Leute, wie dieser Halbverrückte Wirth, sich im heutigen Deutschland nicht als Reformator und Führer der Hakenkreuzjugend aufspielen könnten. Zu dem vernichtenden Berliner Ergebnis schweigt sich die Nazipresse teils aus, teils tobt sie gegen die „volksfremde Wissenschaft“, die den Runenprofessor aus Fachwelt hingerichtet habe.

Zeit-Notizen

Ein Denkmal für Anna Pawlowa

Kürzlich ist ein Aufruf zur Errichtung eines Denkmals für Anna Pawlowa veröffentlicht worden. In diesem Aufruf wurden alle Freunde und Bewunderer der berühmten Tänzerin aufgefordert, durch Geldspenden die Errichtung eines solchen Denkmals zu ermöglichen. Die königliche Kommission der Schönen Künste von England hat den Entwurf des bekannten schwedischen Bildhauers Carl Milles zur Ausführung empfohlen. Das Denkmal soll inmitten von Blumen, die Anna Pawlowa so leidenschaftlich geliebt hat, errichtet werden, im Rosengarten des Regent's Parks in London. Der Entwurf des schwedischen Bildhauers sieht für das Denkmal die Form eines Brunnens vor, auf dem in verschiedenen Motiven die berühmtesten Tänze Anna Pawlowas symbolisiert sein werden.

Das neue Reichstheatergesetz

wird in den „Preussischen Jahrbüchern“ warm begrüßt. Es wird hervorgehoben, daß nun alle Theater der Reichsregierung mit Sorgen und Rechten unterstellt sind. Dem Reichspropagandaminister jeder Einfluß gewährt. Die Zulassungsbewilligung aller Theater ist von ihm abhängig. Wirtschaftliche und ethisch-weltanschauliche Zuverlässigkeit sei die Voraussetzung der Zulassung. Das Gesetz ändert an dem Zustand, wie er im „dritten Reich“ bestand, nichts. „Der Reichsdramaturg Schüssler hat die Bestimmung getroffen, daß Stücke, deren Stoff aus Weltkrieg und NS-Revolution geschöpft wird, für die Aufführung von seiner Genehmigung abhängen.“ Ueber Eingreifen dieses Schüssler wurde z. B. das Stück „Grenadier Felsing“ abgeagt. Grund: „das Hinkemannthema“.

Geburts Christi entdeckt?

Der von der englischen Regierung abgesandte Archäologe William Harvey hat in der nächsten Umgebung der Geburtskirche von Bethlehem eine Grotte entdeckt, die in den allerersten christlichen Zeiten als der Ort der Geburt Christi angesehen und verehrt wurde. Er berichtet zugleich über eine Reihe anderer aufsehenerregender Entdeckungen in der Kirche selbst, u. a. des Sarkophags der Kaiserin Helena und der Mensa vom Hofhalter der Konstantin-Basilika.

In Hitlerdeutschland verboten

Werke Gides und Strawinskys im Théâtre L'Atelier

Im Jahre 1929 wurde unter Führung Marcel Herrands „Le Rideau de Paris“ gegründet, eine freie, junge Theatervereinigung, die in den 5 Jahren ihres Bestehens als eine auf kein Schema und keine „Richtung“ festgelegte Avantgardebühne dem Pariser und französischen Theater manchen interessanten Abend, manches wertvolle Werk und manche vielversprechende darstellerische Kraft geschenkt hat.

Mit André Gides „Rückkehr des verlorenen Sohnes“ hat man seiner Zeit in Monte Carlo den Start gewagt, und mit dem gleichen Werk, ergänzt durch die „Geschichte vom Soldaten“, von Ramuz und Strawinsky, hat man jezt im intimen Atelier-Theater, oben im Montmartre-Viertel, den Abschluß des ersten „5-Jahr-Planes“ gefeiert.

Die beiden Werke dieses Programms gehören heute in Deutschland zur verbotenen Literatur. Gides Gesamtwerk steht offiziell auf dem braunen Index, und Strawinskys Opus ist zwar nicht offiziell verboten, aber kein Theater- oder Musikberater des Herrn Dr. Goebbels wird es jezt und fürderhin wagen, dieses oder irgend ein anderes der vorwärtsweisenden Werke der neuen Musik und des neuen Theaterstils aufzuführen, die schon in der kulturbolschewistischen Vorzeit dem Kunstspießler Alptraume verur-sachten.

An ihren Aengsten sollt ihr sie erkennen! — Was die 4 Szenen „Gides, die das republikanische Deutschland einst in Rilkes Uebersetzung kennen gelernt hat, mit der erzählten, gespielten und getanzen Soldatengeschichte des Welsch-Schweizers Ramuz und des französierten Russen Strawinsky verbindet, ist die Ablehnung des bisherigen pathetischen Theaterbegriffs. Diese Tendenz zur absoluten Einfachheit, weg von aller falschen Feierlichkeit, von aller Wehrauchvernebelung des künstlerischen Spiels ist für die braunen Theaterkommandeure untragbar. Für sie ist Musik und Theater identisch mit dem Bayreuther Mysterienkult. Daß es auch ohne Wagnersche „Verzauberung“ religiöses

Bühnenspiel geben kann wie in diesem klassisch reinen Werk André Gides, daß auch in der Profanierung, in der grotesken Vereinfachung aller Spielmittel große Kunst geschaffen werden kann wie in diesem „Soldaten“, es ist ihnen unfaßbar, weil es nicht in das System ihrer mystischen Verstandesvernebelung paßt, weil diese Kunst Waffe wäre gegen ihren Rückschrittkult.

Hinzu kommt das Inhaltliche: Das Bekenntnis zur Unsterblichkeit menschlichen Fortschrittswillens bei Gide, die primitive Aufdeckung aller Mißstände dieser gepriesenen Ordnungswelt am Wege eines einfachen Soldaten, an seinem Kampf mit Mitmensch und Teufel bei Ramuz-Strawinsky.

Was in Deutschland heute verboten und verfolgt ist, lockt das beste Theaterpublikum in Paris: vom verstoßenen Premierenbummler bis zum Akademie-Professor, vom Konservatoristen bis zum jugendbewegten Galeribesucher, hier gibt sich die Pariser Theaterelite ein Stelldichein, fernab vom großen Betrieb der Festwochen, wie denn so oft das künstlerisch Wesentliche weit entfernt und kaum beachtet vom offiziellen Kunstbetrieb Gestalt und Wirkung gewinnt.

Paul Walter.

Ein Denkmal für Buddha

Ein Denkmal für Buddha soll in Kushnagar, in der Provinz Bengalen, errichtet werden; der Sage nach soll der Ganhama dort gestorben sein. Für die Errichtung des Denkmals, das in reinstem japanischen Stil entstehen soll, hat sich in Japan ein Komitee gebildet. Präsident dieses Komitees ist Yukimichi Tamaki, ein bekannter japanischer Politiker, der gerade von einer Pilgerfahrt zu den heiligen Stätten Buddhas zurückgekehrt ist. Die Einwilligung der indischen Autoritäten soll bereits erteilt worden sein, und schon in Kürze sollen die genauen Pläne für das Denkmal vorgelegt werden, das mit einem Kostenaufwand von einer halben Million Yen errichtet wird.

Der Narrentanz um die Akropolis

Athen, Mitte Juli.

Es gibt immer noch viel mehr Leute, die das Land der Griechen nicht nur mit dem Baedeker, sondern mit der Seele suchen. Vor allem die Akropolis, die klassische Tempelburg des Altertums, übt nach wie vor auf zahlreichere Mitmenschen eine geradezu magische Anziehungskraft aus. Aus aller Herren Ländern strömen sie unablässig zu dem Götterfelsen, der als erhabener Zeuge eines der glücklichsten Zeitalter der Menschheit in unsere arbeitslose Epoche hineinragt. Mit ihren Heißhühnern und Vornegten bilden sie fast demütig auf die marmornen Ueberreste einer Kulturstufe, die in ihrer Schönheit, Weisheit, Frucht und Harmonie nie mehr erreicht worden ist. Kein Wunder, daß viele auf die programmatische Absolvierung ihrer Mittelmeerreise verzichten, um hier einige Tage länger verweilen zu können. Kein Wunder, daß so mancher ganz normale Mensch dieser edlen Anmut und stillen Größe mit allen Fasern seiner Seele verfallt. So kann man zwischen den Sockeln und Säulen der weißen Ruinen allerlei Gestalten beobachten, die sich vor den Wirknissen des Abendlandes hierher geschleift haben und nun in einer Art fanatischen Ergriffenheit bekräftigt sind, in der Atmosphäre verunkelter Zeiten aufzugehen. Jeder versucht dies auf seine eigene Weise . . .

Ein verhältnismäßig harmloser Fall ist noch der jenes Schweizer Gelehrten, der ständig Eingaben an Kultusministerium macht, um den Tango- und Numbaklängen, Umhüllungen zu gebieten, die aus den verschiedenen Cafe-Häusern, um die Akropolis zu der geweihten Stätte heranzuströmen. Seine erklärten Feinde sind außerdem die Gassenbuben, die hier zwischen den Mauern und Säulen der Tempel Versteck zu spielen pflegen. Er ist von Kopf bis Fuß schwarz gekleidet wie ein Priester. Entweder sitzt er, die Stirn in die Hände gestützt, nach Art griechischer Denker auf einem Marmorsockel, oder er lustwandelt veronnen durch die weite Tempelstraße. Vor einigen Tagen erlief er dabei hinter dem Erechtheion einen der Gassenjungen, wie er gerade im Begriff war, an der Wand ein kleines Geschick zu erledigen. Er war außer sich über diese Entweihung und wußte sich nicht anders zu helfen, als den Knaben mit Kieselsteinen zu bewerfen. Die Kameraden des Burschens kamen ihm aber zu Hilfe und es entspann sich eine regelrechte Schlacht zwischen dem Sonderling und seinen Gegnern. Der Schweizer war der Unterlegene . . .

Auch die blasse junge Engländerin, die man jeden Nachmittag auf einer Bank hinter dem Parthenon beobachten kann, gehört noch zu den normaleren Erscheinungen in dieser Umgebung. Sie blättert stets in einem großen Fotoalbum, in dem sich sehr schöne Bilder von Roman Kovar, John Barrymore, Clark Gable usw. befinden. Die Blicke dieses blonden Kindes sind rein und engelgleich. Ihre Empfindungen sind offenbar durch eine merkwürdige Mischung von klassischer Kultur und Animoromantik beeinflusst. Sie träumt hier oben ihre Backsichtträume und schafft sich zwischen den Marmor-Ruinen das Idealbild des künftigen Geliebten. Die Entwürdigung, die darin liegt, vermag sie nicht zu fühlen . . .

Ernstere Fälle von Akropolisomanie stellen schon eine andere Sorte von Besuchern dar. Sie kamen ganz allein, meist mit einem Buch in der Hand, die Zufahrtsstraße herauf. Gleich

vor Erregung entblöhen sie vor dem Eingangstor ihr Haupt. Raum gewähren sie die ersten zerstückelten Säulen, so nimmt ihr Gesicht einen Ausdruck unsagbaren Mitleides und Schmerzes an. Viele von ihnen sehen erst scheu um sich, ob auch keiner sie bemerkt, und beginnen dann in ihrer Ergriffenheit den Marmor mit geschlossenen Augen zu fassen. Fast könnte man glauben, daß Anblick und Berührung der Tempel eines Tages unerklärliche Heilungen herbeiführen würden, wie etwa die Reliquien der Wunderheiligen.

An einem der ersten Junitage zog einer dieser Anbeter aus seinem Rock eine Schachtel, einnahm ihr ein Zigaretten und zündete es auf einer Bank an. Dann begann er, um das Gelände herumzulanfen und die Tempel in Brand zu stecken. Man ließ ihn gewähren. Die Tempelwächter nehmten auf die unschuldigen Marotten der Besucher jede irdentliche Rücksicht. Sympathischer war immerhin der Künstlerkopf, der plötzlich mit einer Geige hier herauf kam. Er zog sich in einen der Seitenschlängel des Parthenon zurück und ließ von dort aus, unsichtbar, die verschiedensten Melodien durch die Säulenreihen streichen. Er komponierte eine antike Oper. Alle Fremden hielten inne und legten sich auf die Steine, um ihm zu lauschen. Sie saßen andächtig über eine Stunde. Manche weinten . . .

Zuweilen hält auf dem Platz vor dem Eingang ein Automobil, dem Damen in antiken Seidengewändern a la Duncan entsteigen. Voller Majestät werfen sie purpurne Mäntel um ihre Schultern wie einst die dreihundert Weisen, wenn sie zum Areopag schritten. Mit Kränzen im Haar und Sandalen an den Füßen machen sie ihren Rundgang und stellen sich besonders gern an höhergelegenen Orten auf, um besser gesehen zu werden. Sie sprechen mit erhobener Stimme, zitieren endlose Verse und bewundern dabei die Arme aus. Nachdem man sie genügend bewundert hat, lassen sie sich fotografieren, um ihre Begegnung mit der Akropolis zu verewigen.

Manchmal kommen aber auch Ballettänzerinnen oder amerikanische Tanzschülerinnen auf den Felsen und führen hier ihre gymnastischen Tänze auf. In ihren leichten flatternden Schleierschleiern bieten sie ein Bild beschwingter Grazie. Auch berühmte Tanzkünstlerinnen haben sich hier schon produziert. 1928 tanzte Mona Paiva hier oben, im folgenden Jahr bot die Spanierin Aurea einer illustren Gesellschaft ein ähnliches Schauspiel. Sie tanzte ganz nackt im Lichte des griechischen Mondes . . .

Die Akropolis ist der einzige Punkt der Erde, wo die Kraft sich mit der Kunst vermählt hat, wo die Kunst, der Tanz, der Körper sich mit einem göttlichen Gefühl zu dem gepaart haben, was wir mit Harmonie bezeichnen. Der unvergleichliche Glanz des Parthenons, der lebendigen Verkörperung des antiken Ideals, ist in der ganzen Welt durch zahllose Nachschöpfungen und Abbildungen vervielfältigt und vergrößert worden. Die Akropolis beherrscht nicht nur eine Ebene, ein Land, eine Zeit, sondern das Weltall und die Jahrhunderte, wo immer gedacht oder von Kunst gesprochen wurde. So werden auch die Narrentänze der armen Menschen verständlich, die von der Schönheit der klassischen Bauten besessen sind und unablässig von überall herbeiströmen, um in rührender oder trübseliger Weise den vernünftigen Schöpfungen menschlichen Geistes ihre Ehrerbietung zu erweisen. Georg Herald.

zeichnete Ergebnisse erzielt. — Der Zug ohne Räder ist eine Erfindung des jungen russischen Ingenieurs M. G. Jarmentuk, der vor einem Jahr die ersten Pläne dazu anarbeitete und der Regierungsabteilung für Technik zur Verfügung stellte. Diese war zunächst skeptisch, hat sich aber bald überzeugt, daß das Projekt sich sehr auf verwirklichen läßt. So werden die Russen in Kürze „Ruischbahn“ fahren können.

handelt mich wie Luft. Mich, die ich immer alles getan habe, um ihm zu helfen.

„Arthur“, sagte ich nach Luft ringend.

„Er sah mich an, Ich mochte in meinem Horn und meinem Daß unheimlich wirken, denn plötzlich beugte er sich vor und legte seine Hand auf die meine.“

„Nur noch ein wenig Geduld, Martha. Vielleicht bekommst du dann alles, was du dir so lange schon wünschst: das Haus, das zweite Mädchen. Vielleicht werden dann die Damen vom Pausenbund ganz bescheiden werden, vielleicht wirst du dann als meine Frau in der Stadt die Rolle spielen, die du immer spielen wolltest.“

„Ich blinnte ihn bestürzt an; hatte er den Verstand verloren? Er bemerkte es und fuhr lächelnd fort: „Nur jetzt keine Ueberstürzung. Nur jetzt kein unbedachtes Wort. Wenn man zwei Eisen im Feuer hat, Martha, muß man auf beide aufpassen. Heute ist der siebenundzwanzigste Februar. Kannst du nicht bis Ende März warten? Dann werden wir sehen.“

Er erhob sich, trat ans Fenster und schloß es. Einen Augenblick blieb er dort stehen und sah hinaus. Ich bemerkte, daß sein Gesicht sich plötzlich verjüngte; ein wahnsinniger Daß sprach aus seinen Lippen.

„Du wirst auch nicht mehr lange“, brummte er zwischen zusammengebissenen Zähnen.

„Ich glaubte natürlich, die Drohung gelte mir. „Was sagst du, Arthur?“ fragte ich.

„Er wandte mir das Gesicht zu, die starre Maske, mit der ich nun schon so viele Jahre, Tag und Nacht, lebe.“

„Nichts“, erwiderte er, und ging aus dem Zimmer. Ich lief zum Fenster. Unten, auf der leeren Straße ging eine etwas gebückte Gestalt. Ich konnte die Haltung, konnte den Gang; es war der Doktor Bär.

Am Nachmittag im Pausenbund war es zum erstenmal nicht langweilig. Wir sprachen alle durcheinander, über den Reichstagsbrand, über das Verbrechen der Kommunisten. Es gab nur eine unangenehme Ueberraschung. Die alte Generalin Hainik, die Mutter der Frau Major, die bei ihrer Tochter zu Besuch ist, hörte uns erst schweigend zu, dann schüttelte sie den Kopf:

Das Menschen-Opfer

Aus Kalkutta wird von einem seltsamen Prozeß berichtet, in dem ein Muselman namens Sheikh Hanaf wegen des Nordes an seinem einzigen vierzehnjährigen Sohne zu lebenslänglicher Deportation verurteilt worden ist. Der Angeklagte gab an, daß er sein Kind Gott und dem Propheten geopfert habe. Die Gerichtsverhandlung ergab, daß Hanaf im Monat Februar seinen kleinen Sohn in eine Moschee geführt, dort zunächst mit ihm in langem Gebet verharret und dann den Knaben in den Opferaal geführt und ihm die Gurgel durchgeschnitten habe. Dann sei er in den Hof der Moschee gelaufen, habe laut geschrien, daß er im Namen Gottes und des Propheten seinen Sohn geopfert habe, und die Gemeinde habe nach diesen Beteuerungen dem Kinde sogar eine rituelle Beisehung erteilt werden lassen. Als der Kindesmörder dann von der Polizei festgenommen wurde, protestierte er heftig, er erklärte, daß seine Verhaftung eine Untheiligung sei, und er blieb hartnäckig dabei, daß er seinen Sohn nicht ermordet, sondern geopfert habe . . .

Schüchterne Athleten

Die olympischen Spiele des britischen Weltreiches werden demnächst in London beginnen. Die jungen Athleten sind bereits in der englischen Hauptstadt eingetroffen, und es hat dabei lustiges Aufsehen erregt, daß die australische Mannschaft in zwei Abteilungen ankam, — auf einem Schiff die Mädchen, auf einem anderen die jungen Männer. Der Führer der australischen Mannschaft gab dazu eine Erklärung: „Diese etwas erstaunliche Entscheidung hat nichts mit moralischen Gründen zu tun. Aber manche dieser jungen Leute haben sich ihren Gefährtinnen gegenüber derart schüchtern und linkschneidend gezeigt, daß man ihnen nicht eine gemeinsame Reise auferlegen konnte. Ein oder zwei von ihnen hätten gewiß die fatale Rolle des Don Juan gespielt, und die andern hätten während dieser beiden Neuwoschen nur stammeln und erröten können.“ So sprach der australische Mannschaftsführer, und nun ist man gespannt darauf, ob diese jungen Athleten auch im Wettkampf so schüchtern sein werden!

Siamesische Schwester darf nicht heiraten

Die New Yorker Behörden haben sich dieser Tage geweigert, Miß Violet Hilton die Heiratsverlaubnis zu erteilen, die sie nachgefragt hatte, um die Ehe mit Maurice Lambert, dem blauen Chef einer Tanzkapelle, eingehen zu können. Miß Violet, ein junges Mädchen von 25 Jahren, ist nämlich ein siamesischer Zwilling, sie ist mit ihrer Schwester Daisy zusammengewachsen. Daisy ihrerseits hat sich im vergangenen November mit einem Londoner Boxer verlobt, der gegenwärtig auf seine Einreiseverlaubnis nach USA wartet. Die beiden unzertrennlichen Schwestern werden sich nunmehr nach New Jersey begeben, wo Violet hofft, ihre Trauung durchsetzen zu können. Man erinnert sich bei dieser Gelegenheit daran, daß Chang und Eng, die ersten siamesischen Zwillinge, die in Nord-Karolina geheiratet haben, glücklich wurden und viele Kinder bekamen.

Prädeterminierte Namen

Nicht selten trifft man Leute mit dem schönen Namen Klein, die dann beinahe eine Länge von zwei Metern aufweisen, oder Leute, die Groß heißen und dabei kaum über die Tischhöhe hinaus kommen. So findet man in einer Straße des kleinen französischen Städtchens Jile-Adam zwei Zwerghen in einer Entfernung von einigen 40 Metern: „Maison Noquefort, Coiffeur pour dames et messieurs.“ Und „Maison Barbier, Putzter- und Raschbandlung.“ Soll man doch noch an prädeterminierte Namen glauben?

„Weiß Gott“, sagte sie, „daß auch ich die Kommunisten hasse. Aber für so dumm halte ich sie wieder nicht. Weshalb in aller Welt sollten sie den Reichstag anzünden? Sie haben doch gar keinen Grund dazu.“

Eine peinliche Pause trat ein. Die Frau Generalin ist natürlich die vornehmste in der ganzen Gesellschaft, abgesehen von dem hohen Rang ihres Gatten ist sie auch eine geborene Freiin von Albrechten. Wer durfte ihr widersprechen? Ihre Tochter sagte nur leise und vorwurfsvoll:

„Aber, Mama.“

Die Frau Generalin hob ihr Vorgehen an die Augen und blickte uns alle der Reihe nach an.

„Ich komme aus Berlin, mein Kind“, erklärte sie. „Ich weiß mehr als ihr, in diesem kleinen Städtchen. Und ich sage euch, man muß auch gegen den Feind ritterlich kämpfen, nicht um keinen, sondern um unserer selbst willen. Einen Aufstand darf man blutig unterdrücken, aber man darf nicht während eines Wahlkampfes Zeitungen verbieten. Die auf solche Weise ja doch siegen. Freilich, das wissen viele der neuen Herren nicht! Woher sollten sie auch? Ein ungebildeter Tapezierer, ein Wahnsinniger, und als Dritter ein Mann der seinen Glauben verleugnet hat, selbst wenn es nur der laibliche ist.“

Sie seufzte.

„Wir lieben uns unsere Feinde selbst groß“, sagte sie.

Die arme Frau Major war schrecklich verlegen; es mußte ja auch furchtbar peinlich für sie sein; ihre eigene Mutter, die solche Ansichten äußert!

„Ich hätte zu gern der Frau Generalin widersprochen, aber ich konnte doch nicht. Und wenn sie am Ende recht hat? Wozu kann ja heutzutage gar nicht vorsichtig genug sein, muß jedes Wort auf die Waagschale legen. Aber es ist dennoch empörend, wenn man im eigenen Kreis Menschen findet, die so denken.“

Als ich jedoch in den folgenden Tagen die Zeitungen las, erkannte ich, daß die alte Dame sich geirrt hatte. Hier fand es ja alles schwarz auf weiß, ein holländischer Kommunist hat den Reichstag angezündet, und die Sozialdemokraten sollen auch dabei ihre Hand im Spiel gehabt haben.

(Fortsetzung folgt.)

Unsere Töchter, die Nazinen

Roman von Hermgula zur Mühlen. 25

Ich bin ja Arthurs Gemeinheiten gewöhnt und ertrage sie fast immer stumm. Aber gerade heute, da der Reichstag von den Kommunisten angezündet worden ist, gerade heute, da Arthur weiß, wie sehr ich mich mit dem neuen Mädchen plagen muß, — das ohnehin schon wieder gekündigt hat, gerade heute konnte ich nicht schweigen. Ich begann zu sprechen, ich redete mir alle Bitterkeit vom Herzen: Der Reichstagsbrand, das zu eng gewordene Sommerkleid, die Mädchen, die immer anspruchsvoller und frecher werden, Arthurs Erfolgslosigkeit, die Beliebigkeit, deren Doktor Bär sich erkeut, die seelische Einarmigkeit, zu der ich verdammt bin, die Art, wie mich die Damen im Pausenbund behandeln, als ob eine gewesene Krankenschwester ein Niemand sei, der Kummer, den Liselotte mir bereitet, und die Mutter, die teurer werden soll, die russischen Verbrecher, die die deutschen Kommunisten zur Brandstiftung verführten, der Räuberband, der repariert werden muß, Arthurs Lieblosigkeit gegen mich, Liselottes Mangel an Respekt, die zwei echt Reichner Tassen, die das Mädchen gestern zerbrochen hat, und unser armer Kaiser . . . All das brach aus mir hervor, ich konnte nicht aufhören. Liselotte starrte mich an, Arthur lächelte spöttisch. Ich hörte selbst, wie meine Stimme immer lauter und schriller wurde. Plötzlich schlug Arthur mit der Faust auf den Tisch.

„Wirst du wohl schweigen?“ herrschte er mich an. „Das Fenster steht offen, Jeder, der vorbeigeht, kann deine Worte hören. Kannst du denn nicht abwarten? Mußt du schon jetzt mit deiner Meinung herausplagen? Wirst du mir vielleicht alles verderben?“

Liselotte stand vom Tisch auf.

„Ein schönes Familienfrühstück“, sagte sie gedehnt. „Wirtlich herzerquickend. Gott sei Dank, daß ich nicht geheiratet habe.“

Damit verließ sie das Zimmer. Ich blieb mit Arthur allein. Er griff ruhig nach der Zeitung und begann zu lesen. Das erriet mir als die ärgste Beschimpfung. Ich werde in meinem eigenen Haus nicht beachtet, dieser häßliche Krüppel be-

„Ich bin der oberste Gerichtsherr“

Und eine Antwort von der Saar

Die belgisch gleichgeschaltete katholische „Landeszeitung“ in Saarbrücken schreibt:

Das Interesse von Volk und Staat verlangt, daß wir nicht durch die Anwendung der staatlichen Machtmittel, sondern auch durch eine sittliche Haltung im öffentlichen und privaten Leben einen Geisteszustand überwinden, aus dem der Rechtsanspruch auf eine „permanente Revolution“ geboren wird. Das kann nur geschehen, wenn die christliche Auffassung vom Recht wieder unbedrängte Anerkennung findet. Christliche Lehre ist aber, daß es ein objektives Recht gibt, das menschlicher Willkür und Auslegung entrückt ist. Quellen dieses Rechtes sind die Natur des Menschen, so wie Gott sie erschaffen hat, und das Evangelium Christi. Hält man sich in allen Bezirken des öffentlichen Lebens an diese Normen, dann kann der gerechte Ausgleich zwischen Recht und Pflicht der Einzelpersonlichkeit und zwischen Einzelpersonlichkeit und Gemeinschaft gefunden werden.

Im Tollhaus! Saarkatholiken über die Zustände im „dritten Reich“

In Hockenheim in Baden kam es am Morgen des Freitag, 18. Juli (Z.N.) Allmählich wird es offenbar, daß um die letzte Monatswende, als die SA in Zwangsurlaub geschickt wurde, eine Welle antisüdischen Terrors durch verschiedene Teile Deutschlands gegangen ist. In Hungen, Provinz Hessen, brachen SA-Leute in der Nacht des 1. Juli in ein jüdisches Haus ein und schossen vier Mitglieder einer jüdischen Familie nieder. Ein Familienmitglied ist seinen Verletzungen erlegen, ein zweites ringt mit dem Tode, der Zustand der beiden anderen ist ernst. Die gleiche Gruppe SA-Fulgans brach dann in ein zweites jüdisches Haus ein, in dem sich jüdische Besucher von auswärtig befanden. Die Schwarzhemden erklärten, es handle sich um eine Geheimversammlung, und verhafteten alle Invasoren. Inzwischen war Polizei angelangt, die das Vorgehen der Schwarzhemden als einen Eingriff in die Polizeirechte erklärte und die Uebertage der Verhafteten in die Hände der Polizei forderte. Die Schwarzhemden leisteten Widerstand. Die Polizei holte Verstärkungen heran, überwältigte die Schwarzhemden und brachte sie nach Siegen. Der Siegener Oberstaatsanwalt aber, der erst kurz der NSDAP angehört, fürchtete sich, gegen die SA-Leute vorzugehen und beriet sich mit den Richtern, von denen einige alte Mitglieder der Partei sind. Die SA-Leute wurden schließlich unter Polizeikontrolle gestellt. Man wartet auf Order „von oben“.

In Hirsberg sind noch fünf jüdische Bürger in Haft. Die Berliner Staatspolizei erklärte den Angehörigen, die um das Leben der Inhaftierten fürchten, sie übernehme die Garantie, daß den Verhafteten nichts geschieht. Die reichsdeutsche Presse durfte bis heute nicht über die Judenmorde in Hirsberg, Glogau und in anderen Orten Schillens berichten. Eine Hirsberger Lokalzeitung macht Andeutungen über die Geschehnisse und schreibt, Hirsberg sei eine Sommerfrische, und wenn man erfährt, daß sich hier derartige Dinge abspielen, werde die Saison ruiniert sein. Geringes beschäftigt sich der „Beobachter im Jser- und Riesengebirge“ im Leitartikel mit den Vorfällen in folgender Weise: „Auch in Hirsberg hat es vier Tote gegeben. Möglicherweise überall ein Morden und Mordern jener verfluchten Maulwürfe los, die nunmehr geheimnissvoll erklären, diese vier sind gar nicht bei einem Fluchtversuch erschossen worden, sondern nur der fadischen Grausamkeit unserer Männer zum Opfer gefallen. Die bodenlose Gemeinheit, viele Charakterminderwertigkeit, die in diesem Verhalten liegt, ist so abgesehen, daß man sich nur mühsam

Die neuen Judenmorde

Allmählich dringt die Wahrheit durch

zusammennehmen muß, um nicht den Verbreitern bei jeder Gelegenheit die nackte Faust in das gottlose Mundwerk zu schlagen.“

In Glogau wurde der Jude Dr. Lindemann, als er in seinem Garten Tennis spielte, von vorbeiziehenden SA-Leuten ergriffen und fortgeführt. Seine Frau fragte später telefonisch im Braunen Haus ob, ob sie ihrem Mann, der im Tannishemd fortgeführt worden war, eine Jacke bringen dürfe. Man erwiderte ihr: „Er braucht nichts mehr. Wir haben ihn erledigt.“ Da keine Nachricht mehr von Dr. Lindemann einging, nimmt man an, daß er nicht mehr am Leben ist.

Zum Fall des Sohnes von Dr. Maximilian Stein in Berlin erzählt man jetzt, daß der Zwanzigjährige nicht im Hause seiner Eltern, sondern auf der Straße verhaftet wurde, wo ein Angriff auf jüdische Passanten stattfand und auch er angegriffen wurde. Etwa 60 Personen wurden von der Polizei nach dem Alexanderplatz gebracht. Während die Angreifer freigelassen wurden, wurde der junge Stein in Haft behalten, obwohl er der Politik vollkommen fern stand. Keiner glaubt der Version, daß er Selbstmord begangen hat, man glaubt vielmehr, daß er an den Folgen der Mißhandlungen auf der Straße und später im Polizeihof starb.

Die Berliner Judenwelt ist über folgenden Vorfall außerordentlich erregt: In Berlin-Tempelhof fand eine gefellige Zusammenkunft der dortigen Ortsgruppe des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten statt. Die Gäste waren gerade beim Hering-Essen, als eine Gruppe mit Messern bewaffneter heurlaubter SA-Leute ohne Uniform in das Lokal eindrang und die Anwesenden mit Messern bearbeitete. Viele Mitglieder des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten wurden durch Messerstiche mehr oder weniger erheblich verletzt. Der Präsident der Ortsgruppe des RfJ, Sternberg regte sich über den Ueberfall so sehr auf, daß er auf der Rückfahrt in der Untergrundbahn an Herzschlag verstarb.

In manchen Teilen Württembergs ist es den Juden verboten, nach 9 Uhr abends die Straße zu betreten. Am die Monatswende am Samstag, Sonntag und Montag durften sie überhaupt nicht ihre Wohnungen verlassen. Es fällt auf, daß die nationalsozialistische Presse, voran „Angriff“ und „Völkischer Beobachter“, täglich in der antisüdischen Hehe fortfährt; man fragt sich, worauf das hinausgehen soll.

Polizeigeneral über Nazikorruption

„Unsachliche Finanzmanipulationen – Anstößige Lebensführung – Polizeioffiziere kontrollieren“

Wandenburg, 17. Juli. Der anlässlich der Austragung der Reichspolizeimeisterschaften in Magdeburg weilende Befehlshaber der preussischen Polizei und Führer der gesamten Reichspolizei General Daluge gewährte einem Redaktionsmitgliede des „Mitteldeutschen“ eine Unterredung, in der er auch über die Reorganisation der SA sprach. Er erklärte u. a., daß es sich nicht, wie fälschlicherweise angenommen wurde, um eine Amortisation, sondern um eine Reorganisation der Gruppen gehandelt habe. Am Vordergrund der Aufgaben habe die Reduzierung der Finanzen und die Personenzugabe gestanden. Es sei eine genaue Ueberprüfung der Geldverwaltung aus Einnahmen, Ausgaben und Schulden, auf sachliche oder unsachliche Manipulationen ausgekehrt worden. Ueber eine einwandfreie künftige Finanzgebarung wurden bei dieser Gelegenheit eingehende Vorschläge unterbreitet. Insbesondere ist dafür geklagt worden, daß bei der Reorganisation der SA Führer in ihren Verrechnungen finanzieller Art leichtgenugig wurden. Ferner wurde mit peinlicher Sorgfalt die Lebensführung bestimmter SA-Führer kontrolliert und nach Maßgabe der Kontrollergebnisse geahndet bzw. Maß-

regelung vorgeschlagen. Besonderer Wert wurde auf eine Ueberprüfung der Beförderung gelegt, um nach nationalsozialistischem Geist, nationalsozialistischer Zuverlässigkeit und nach dem Lebenswandel unangehörige Elemente auszumergen und dadurch den alten Kämpfern in der SA den Weg freizumachen. Auch in dieser Hinsicht sind den zuständigen SA-Stellen Vorschläge zugegangen. General Daluge betonte, daß seine Maßnahmen der Reorganisation lediglich Grundlagen haben sollen. Die Gestaltung im einzelnen (Neubesetzung der Führerstellen) sei allein interne Angelegenheit der neuen SA-Führung. So sei der letzte Führer der Gruppe Mitte, Oberst Salverstedt, von ihm kommissarisch eingesetzt. Schon heute könne er mitteilen, daß auf Vorschlag des Chefs des Stabes Luge Pa. Kob (Zachsen) vom Führer mit der Leitung der Gruppe Mitte beauftragt sei. General Daluge erwähnte, daß er bei der Durchführung seines Auftrages ehemalige Polizeioffiziere verwendet habe, um den neutralen Charakter seiner Aktion zu unterstreichen. Zu den Untersuchungen seien aus demselben Grunde alte Kämpfer aus der SA gezogen gewesen.

SA-Kameraden! BDM-Kameradinnen!

Unser Kamerad, Scharführer Ludwig Klaus, Hockenheim, ist durch Zentrumspartei in den Tod getrieben worden. Ich ordne hiermit an, daß bis einschli. 8. Juli 1934 im ganzen Lande Baden die Hitlerjugend, das SA und der BDM an sämtlichen Bahnen und Wäldern Trauerflor anleitet und die Fahnen auf Halbmast setzt, in jedem Seilabend ist des Kameraden Ludwig Klaus zu gedenken. Weitere Anordnungen des Reichsjugendführers sind abzuwarten. Parole: Disziplin.

Ferner übergab Gebietsführer Kemper der Presse folgenden Aufruf:

SA-Kameraden! BDM-Kameradinnen! Die Reaktion der Zentrumspartei hat die katholische Jugendorganisation DN in Hockenheim dazu benutzt, einen treuen und tapferen SA-Kameraden in den Tod zu treiben. Ich habe bei dem Herrn Minister des Innern sofort die Auflösung der katholischen Jugendverbände gefordert, da diese Organisationen nichts mit Religion, Sitte und christlicher Nächstenliebe zu tun haben, sondern dazu benutzt werden, um den verkrachten Parteien des Zentrums neu entstehen zu lassen. Ich verhehe eure unebene Verbitterung, ich teile mit euch die Empörung über den Tod eines so alten und wackeren Kameraden, wir wollen jedoch auch in dieser Stunde den Beweis erbringen, daß diese schandwürdige Tat der schwarzen Reaktion uns nicht aus der gewohnten Ordnung und Disziplin bringen kann. Ich warne euch vor den von der schwarzen Reaktion gemachten Uebergriffen, die das Ansehen der großen Hitlerjugend schädigen können! Jeder anständige Volksgenosse versteht unseren Zorn und daß und wird vollkommen für den Schutz und Recht unserer Kameraden eintreten, wenn wir Disziplin halten.

Heil Hitler! Der Führer des Gebietes Baden ges. Friedhelm Kemper, Gebietsführer.

Dazu schreibt die gleichgeschaltete katholische „Saarpfalz“:

Der vernünftige Mensch laßt sich verzweifeln an den Kopf, wenn er so etwas liest, und fragt sich unwillkürlich, ob er denn in einem Tollhaus lebt. Der frühere Hitlerjunge erschließt erst seinen Bruder und dann sich selbst infolge von Familienstreitigkeiten, die weder mit Politik noch mit der Jugendorganisation auch nur das allergeringste zu tun haben, und da bekommt es dieser Herr Friedhelm Kemper fertig, diese schandwürdige Tat seines Kameraden der „schwarzen Reaktion“ anzuhängen und zu erklären, der Mörder und Selbstmörder habe damit beabsichtigt, „den verkrachten Parteien des Zentrums neu entstehen zu lassen“. Höher kann der Wahnsinn doch sicher nicht mehr getrieben werden.

Reichswehrsoldaten gegen Hakenkreuz

(Jupreh) In den Münchener Kasernen hat während der letzten Tage eine Anzahl von Reichswehr-Unteroffizieren und Soldaten das am Stahlhelm befindliche Hakenkreuz übermalt. Die Leute wurden nicht bestraft, sondern nur dazu ermahnt, solche Demonstrationen zu unterlassen.

Hitlers homosexuelle Freunde

Die endlose Liste

Der Journalist Dr. Helmuth Klotz, der seinerzeit die Liebesbriefe von Röhm der Öffentlichkeit übergab und dafür von Heines im Reichstag förmlich angegriffen wurde, richtet in der Zeitschrift „Monde“ einen offenen Brief an Hitler, in dem er erklärt, daß sich in seiner Umgebung noch zahlreiche Personen befänden, die sich in nichts von dem ermordeten Stabschef unterschieden, so daß er nicht beunruhigt sei, solche Bannflüche gegen Röhm zu schleudern. Er nennt u. a. den Presschef Dietrich, den bayerischen Justizminister Brand, den bayerischen Minister Oster und den SA-Führer Graf du Roulin-Gardt (dieser Mann aus dem Kreise von Röhm, Graf Sprell, Vitzgebrune und dem schon voriges Jahr umgelegten Bell ist jedoch nach verschiedenen Meldungen erschossen), also wieder ganz andere Namen als Otto Straßer in seiner letzten Aufzählung. Klotz berichtet ferner, daß Ludendorff schon 1925 Hitlers Aufmerksamkeit auf Röhm veranlagte geleitet und Major Vuch die Forderung auf Abhebung unterstützt habe. Ludendorff habe aus der Ablehnung die Konsequenzen gezogen, Vuch aber sei dann neun Jahre später der Henker Röhm geworden. 1926 habe sich der bayerische nationalsozialistische Abgeordnete Holzwarth an Hitler gewandt und Bericht über die Organe von Röhm und Heines in der Hitlerjugend erstattet. Als Hitler wieder ablehnte, habe Holzwarth gedroht, die Öffentlichkeit zu informieren. Darauf sei Röhm verschwunden und, und wie bekannt, für einige Jahre nach Bolivien gegangen. Auch Heines sei angeschickt worden, um wenig später in Breslau wieder aufzutreten. Holzwarth aber habe das Doppelspiel erkannt und sich mit Kiel von der NSDAP getrennt. Hitler sei der Gesangene dieser Atmosphäre gewesen. Von den zahlreichen Prozessen habe jeder damit geendet, Röhm zu entlarven. Um die Aufmerksamkeit von dieser Affäre abzulenken, habe Klotz im Reichstag ein Gesetz zur Ausrottung der jüdischen Pest der Homosexualität (höher achtet immer, daß es genau so wie die Desartierung des Schlages gegen die SA als „Kampf gegen die Reaktion“ verlangt! — Die beste Geschichte der Freunde um Hitler wird wohl einmal von Dr. Raanan Hirschfeld geschrieben werden.

Sein neuer Röhm

Der Führer und sein Günstling

Hannover, 17. Juli (Jupreh). Die Öffentlichkeit wurde kürzlich damit überhäuft, daß der weiteren Kreisen unbekannt Sturmführer Luge zum Reichsführer Röhm ernannt wurde. Dieser Luge machte zuerst von sich reden, als er Anfang des Jahres 1933 beurlaubt wurde, in Hannover 40.000 Mark unterschlagen zu haben. Er wurde damals in Urlaub geschickt. Als die Bevölkerung Hannovers den Korruptionsfall immer erregter diskutierte, schlug Hitler das Verfahren gegen Luge nieder und rehabilitierte seinen Sturmführer, indem er ihn vom Polizeipräsidenten zum Oberpräsidenten beförderte. Die „Gerüchtemacher“ wanderten ins Gefängnis, und Luge wurde, außer mit der Beförderung, noch mit dem Geschenk von 100.000 Reichsmark belohnt, das die Kleinigkeit von 40.000 Mark gekostet hatte. Im übrigen gehörte zu Luges früherem Machtbereich die Stadt Braunschweig, in der an einem Tage 10 Arbeiter als Weiskeln erschossen wurden. Die Stadt Braunschweig allein zählte bis Ende November vorigen Jahres 28 aus politischen Gründen Ermordete.

Fränzdien amüsiert sich

Der Geschmack des päpstlichen Ordensritters

Wie der Berliner Korrespondent der „Information“ berichtet, hat sich Vizekanzler von Papen am Sonntag zum ersten Male seit dem 30. Juni wieder in der Öffentlichkeit gezeigt. Der Vizekanzler wohnte dem P s e r d e r e n u m den „Großen Preis von Berlin“ im Hoppegarten bei. Das Erscheinen des Vizekanzlers rief beim Publikum lebhaften Aufsehen hervor. Da er sein eigenes kühbares Leben gerettet hat, machen ihm die erschossenen Freunde und Glaubensbrüder keine Sorge mehr. Hat eigentlich der Vatikan keine Möglichkeit, deutlicher von Papen die Absurditäten, deren politische Moral ein Schmach für den Katholizismus ist?

Die Friedensaufgabe des Saargebiets und dessen Katholizismus

Nachstehend nimmt ein im Saargebiet wohnender deutscher Föderalist das Wort, der den deutschen Marxismus zwar nicht ablehnt, aber, durch die Lektüre des Proudhouschen: „Le principe fédératif“ veranlaßt, seine Aufmerksamkeit dem deutschen Föderalismus zugewandt hat. Wir stimmen seinen geschichtlichen Betrachtungen und politischen Auffassungen nicht in allem zu.

Redaktion der „Deutschen Freiheit“

I

Die Vorschläge des französischen Ministerpräsidenten Barthou, die im Völkerbund jetzt durchgedrungen sind und seitdem die Grundlage für die Erörterungen bilden, insbesondere auch derjenigen für die Abrüstungskonferenz, tragen föderativen Charakter. Sie zielen auf die Bildung einer Föderation aller Staaten und Menschen, die guten Willens sind, gerichtet gegen einen etwaigen Friedensstörer. Die Föderation soll im Augenblick des Angriffs automatisch in Kraft treten und gerichtet sein gegen den Angreifer.

Dass eine solche Föderation sich nicht nur auf die Staaten und ihre Lenker stützen kann, sondern auch vor allem den Willen des Einzelmenschen umfassen und aktiv gestalten muß, ist klar. War es doch auch der erste Völkerbundspräsident, der französische Minister und Senatspräsident Leon Bourgeois, der schon 1909 (und zwar wie in einer Vorausahnung in dem später durch den Krieg heimgesuchten Reims) sagte: Um den materiellen Frieden zu haben, muß man zuerst den moralischen Frieden realisieren, und es gibt keinen moralischen Frieden wie nur da, wo die Rechte des einzelnen sich nicht bedroht fühlen. (Pour avoir la paix matérielle, il faut d'abord avoir réalisé la paix morale. Et il n'y a pas la paix morale que si les droits de chacun ne se sentent pas menacés.)

Es ist das unbestreitbare Verdienst der französischen Völkerbundsmitglieder, den Frieden als abhängig von dem Fortschritt der Rechtsidee im allgemeinen erkannt und politisch vertreten zu haben, während man leider auf englischer Seite den Frieden als eine bloße Form der politischen Organisation (und womöglich nur der außenpolitischen) auf die Beine glaubte stellen zu können.

Um bei der Wahrheit und absolut gerecht zu bleiben, muß man allerdings noch hinzufügen, daß es auch in England und besonders in Deutschland weite Kreise gegeben hat, die den Frieden als eine Form der allgemeinen menschlichen Rechtsorganisation auffaßten und den Staat nur als Funktion des menschlichen Rechtsgedankens gelten lassen wollten. In Deutschland waren das die Föderalisten, in England sind es heute die Kreise um Wickham Steed, in früheren Zeiten die Gegner des Burenkriegs, Morel u. a.

Es ist nun kein Zufall, daß im Saargebiet die Bedrohung der Einzelinteressen politisch von der Seite ausgeht, die im eigenen Lande die auf ältesten und besten Traditionen beruhenden föderativen Reigungen des Deutschtums durch einen scharfen politischen Meinungs-

terror bekämpft. Niemals aber wird es einen dauernden außenpolitischen Frieden da geben können, wo innerpolitisch die Einzelinteressen durch die Staatsgewalt bedroht werden. Jene Rechtlosigkeit des einzelnen, die in Deutschland durch die SA verursacht wurde und noch wird, ist im Grund das stärkste Hindernis des Friedens. Gleichzeitig ist sie die stärkste Stütze des absoluten Zentralismus. Denn der wirkliche Frieden kann nur ein Kind der Freiheit und der Selbstverwaltung sein. Die englische Auffassung, daß man sich nicht in die inneren Verhältnisse eines Staates einmischen dürfe, mag wohl primitiven kommerziellen Interessen entsprechen, dem Weltinteresse des Friedens entspricht sie nicht. (Wenn Lord Rothermere und Röschling [„Daily Mail“] und „Saarbrücker Zeitung“ heute in dem Wunsch auf Beseitigung des saarländischen Vorsitzenden der Regierungskommission, Knoz, zusammenstehen, so fühlt der Blinde mit dem Krüchstoß, daß hier nicht das Interesse des europäischen Friedens maßgebend ist, sondern das materielle bestimmter Eisen- und Kohlenindustrieller.)

Gegenüber der immer mehr wachsenden europäischen Einsicht in den föderativen Charakter des Friedensproblems und die aufrichtige Rolle Frankreichs, die in Genf sich im besten Licht zeigte, befindet sich erstrecklicher Weise der Hitlerismus bereits wieder auf dem Rückzug. Nichts ist in dieser Beziehung kennzeichnender als die Meldung des „Temps“, daß Hitler auch deshalb mit Mussolini konzeriert habe, um durch dessen Vermittlung beim Papst Einfluß auf die Katholiken im Saargebiet zu haben und wiederzugewinnen. Denn hier an der Saar zeigt sich, zunächst nur in bescheidenen Dingen, ein deutlicher Umschwung. Wofür man sogar die neueste Rede des Saarländers von Papen anzuführen berechtigt ist. Seitdem die „Neue Saar-Post“ erscheint, und besonders seitdem ihre Arbeitsräume von priesterlicher Hand und im Beisein von 30 saarländischen katholischen Geistlichen besetzt wurden, geht ein lautes Rausen durch das in der Mehrzahl katholische Volk. Der Zähneknirsch klappert nicht mehr und die Leute sprechen von den traurigen Erinnerungen, die sich im Laufe des Jahres 1918 an das amtlich befohlene Siegesfest und die daran anschließende Niederlage anknüpfen. Dies geschah auch deshalb, weil man hier an der Saar die endliche Feststellung des Abstimmungstermins auf den 13. Januar im voraus als einen deutschen Sieg feierte. Natürlich haben Marksturz und Zahlungseinstellung das Jhrige dazu beigetragen.

Es wird nun für die Abstimmung sehr viel davon abhängen, daß die um die „Neue Saar-Post“ gescharten Kreise nicht nur negativ gegen die Barbarei des Hitlerismus, gegen den menschenunwürdigen Totalitätsanspruch des „dritten Reiches“ ankämpfen, sondern daß sie auch die Anknüpfungspunkte zu finden und hervorzuheben verstehen, die das Saarproblem als Musterbeispiel des deutschen Föderalismus erscheinen lassen wie Oesterreich als dasjenige des europäischen Föderalismus. Der Katholik muß sich über den historischen Hintergrund der Katholikenverfolgung im Reiche klar werden und auch darüber,

inwieweit hier eine Mitschuld katholischer politischer Kreise in Deutschland vorliegt.

In Oesterreich ist der Katholizismus und seine Vertreter niemals dem Hagel Donnerwetter ausgesetzt worden, das jetzt in Deutschland daherkraust. Der österreichische Katholizismus hat aber auch niemals seine föderalistischen Traditionen aufgegeben und dadurch dem Totalitätsanspruch des „dritten Reiches“ von vornherein die gefährliche Spitze abgebrochen. Niemals hat der österreichische Klerus vor einem Staatspräsidenten so kapituliert wie seinerzeit der Klerus in Deutschland vor Bismarck. Damals geschah es, daß auf Drängen katholischer politischer Kreise, angeblich zur Befestigung des Kulturkampfes, in Wahrheit zur Verkleinerung eines Gegenjahres zwischen Staat und Kirche, der heute erneut ausgebrochen ist, an Bismarck der höchste päpstliche Orden, der Christusorden, verliehen wurde. Die französische Lösung der religiösen Streitfrage: Trennung des Staates von der Kirche, ebnete dagegen den Weg für die Ablehnung eines Totalitätsanspruchs des französischen Staates und natürlich ebenso der katholischen Kirche.

Der Katholizismus war in der deutschen Rationalversammlung schlecht vertreten, damals, als sich die Gelegenheit bot, den katholischen Zufall vor Bismarck wieder gutzumachen. Die Personen, die in der Rationalversammlung Verständnis für den Föderalismus zeigten und die Omnipotenz des Staates ablehnten, waren nicht katholisch. Es war der Niederländer Wilhelm Heile, der Vater des § 18 der Reichsverfassung, und der Frankfurter Jude Hugo Preuß.

Eine zweite Gelegenheit für den deutschen Katholizismus bot sich bei der rheinischen Bewegung, auch noch im Jahre 1923, gerade mit Hilfe des Heileschen § 18. Aber auch hier die Kapitulation vor dem Bismarckgeist, und die Desapouierung von Kämpfern, darunter solchen, die zu den besten und edelsten Köpfen des deutschen Katholizismus gehörten.

Eine dritte Gelegenheit bietet sich nun hier an der Saar. Ob die Saar rückgegliedert wird oder nicht, ist bei aller Bedeutung, die dieser Frage, namentlich im wirtschaftlichen Interesse der Saareinwohner, zukommt, nicht das Entscheidende. Entscheidend ist, ob der Totalitätsanspruch des „dritten Reiches“ von der Saar her den Todesstoß versetzt bekommt und mit der Beseitigung dieses Anspruches das alte föderalistisch gesinnte Deutschland des deutschen Bundes die Möglichkeit zum Aimen bekommt, und in Deutschland die geistige und politische Veränderung herbeiführt, die Deutschland allein geeignet machen kann, ein aufrichtiges und zuverlässiges Mitglied des Völkerbundes zu werden. Hier fällt dem saarländischen Katholizismus eine wichtige Aufgabe zu.

Führt die „Neue Saar-Post“ ihren Kampf in diesem Sinne, so wird der saarländische Bergmann, der im Grunde auch heute noch antibismarckisch und gut katholisch mit starker Neigung zum Sozialismus eingestellt ist, ihr ein „Glückauf zum Licht“ zuzufenden, zu einem Licht, das über ganz Europa zu leuchten vermag.

Pariser Berichte

Chiappe kandidiert in Paris für die Kammer?

Kürzlich war dem ehemaligen Pariser Polizeiprefekten Chiappe in Laon eine Kandidatur für die Kammer angeboten worden, weil der dortige Abgeordnete Rillart in den Senat eingetreten war. Chiappe hatte aber diese sichere Kandidatur mit der Bemerkung abgelehnt, er wolle sich den Parisern zur Verfügung stellen, falls diese einmal ihn in das Parlament schicken wollten.

Nun hört man, daß der Abgeordnete Bonnaure, der in die Staviskyaffäre als Angeklagter verwickelt ist, wohl in absehbarer Zeit auf sein Mandat verzichten wird, beziehungsweise durch seine mit Sicherheit zu erwartende Verurteilung zu diesem Verzicht gezwungen werden wird. Und es heißt, daß Chiappe an seiner Stelle im Dritten Arrondissement kandidieren wird. Es soll schon jetzt feststehen, daß Chiappe die Kandidatur in diesem Wahlkreis annimmt.

Da sagte Tristan Bernard...

Auf dem Lande im Monat August. Fürchterliche Hitze. Tristan Bernard und ein Gast dösen im Schatten, aber werden dauernd von Fliegen belästigt. In ihrem tiefsten Innern bedauern beide, es nicht so machen zu können wie ihr Hund, der, lang ausgestreckt, hin und wieder eine der Fliegen fängt und verschlingt. Es wird heißer und heißer. Der Gast gähnt... Bis schließlich Tristan Bernard mit seiner unerschütterlichen Stimme meint: „Tun Sie sich keinen Zwang an! Essen Sie nur!“

Wie Paris den 14. Juli feierte

Schon seit Freitag abend stand Paris im Zeichen des 14. Juli, des französischen Nationalfeiertages, dessen Feier erst in der Nacht zum Montag zu Ende ging. Jubel und Trubel auf allen Straßen und an allen Plätzen. Ueberall begegnete man einer freudig erregten und festlich gekleideten Menge. Wandernde Musikkapellen belebten das Straßenbild. Die Theater waren überfüllt, in der Oper wurde Hamlet gegeben und im Schauspielhaus der Cid. Beide Häuser waren ausverkauft. Kein Wunder, denn es gab nur Freiplätze. Begeistert lauschte man dem Vortrag der Marsellaise, bei dem hervorragende Künstler als Solisten mitwirkten. Nach alter Tradition fand am Invalidenplatz vor dem Präsidenten der Republik eine glänzende Parade statt, die Tausende anlockte. Im Jardin d'Acclimatation veranstaltete der „Intransigeant“ ein großes Kinderfest. In den Kinderkrankenhäusern traten Sänger und Tänzer auf, um die jüngste Jugend zu erfreuen, die durch ihre Leiden an das Zimmer gefesselt

war. Auf zahlreichen Plätzen fanden öffentliche Bälle statt, mit denen die Pariser Stadtverwaltung die Bürger erfreute. Jedem war Gelegenheit gegeben zum Feiern, und jeder feierte auch. In den Abendstunden des Sonnabend gab es allenthalben Feuerwerk und viele legten sich erst am Sonntag früh zu Bett, um neue Kraft zu schöpfen für die Anstrengungen die ihrer in der dritten Ballnacht vom Sonntag zu Montag warteten.

Association des Emigrés Israélites d'Allemagne en France

Mittwoch, den 18. Juli um 21 Uhr, im Vereinslokal „Chez Cohn“, 17, Rue Béranger (Métro République), Paris: Unterhaltungsabend, Eintritt frei, Gäste willkommen.

Donnerstag, den 19. Juli, 20.45 Uhr im Vereinslokal „Chez Cohn“, 17, Rue Béranger (Métro République) in Paris: Vortragabend der Jugendgruppe. Gäste willkommen.

Dovgalewskis Tod

Der sowjetrussische Botschafter in Paris, Valerian Dovgalewski, starb in den Morgenstunden des Samstag, nachdem er ein Alter von 49 Jahren erreicht hat.

Dovgalewski hing schon als Schüler revolutionären Ideen an, und mit 23 Jahren verbannte ihn die zaristische Regierung nach Sibirien. 1909 floh er von dort nach Belgien, wo er an der Technischen Hochschule in Lüttich studierte. Bald kam er nach Frankreich, wo er das Examen als Elektrizitätsingenieur ablegte, und jahrelang auch praktisch als solcher arbeitete. Nach dem Weltkrieg ging er nach Rußland zurück und war zuerst in der Ukraine technischer Kommissar für das Gebiet von Kiew. Ein Jahr darauf wurde er Generalinspekteur für Straßenbau und Verkehrswesen, im Jahre 1920 wurde ihm die Leitung des Volkswirtschaftsministeriums für Post und Telegrafie übertragen. 4 Jahre später kam er als Gesandter nach Schweden, von dort schickte ihn seine Regierung als Botschafter nach Tokio. Im Jahre 1928, nach zehnjähriger Abwesenheit, führte ihn der Weg nach Paris zurück, jetzt als Botschafter der Sowjetregierung.

Mit außerordentlichem Geschick hat Dovgalewski in Paris die Interessen seines Landes wahrgenommen. An dem Zustandekommen des Nichtangriffspaktes trägt er den Hauptanteil. Unter seiner Führung wurde der Handelsvertrag zwischen Frankreich und Rußland abgeschlossen. Großes Ansehen genoß er auf der Abrüstungskonferenz in Genf.

Ein Krebsleiden, das ihm schon lange zu schaffen machte, hat jetzt seinem Leben ein Ende gemacht. Rußland verliert viel in dem Toten, den man Sonntag in einem zu einer Trauerstätte umgewandelten Saal der Botschaft aufbahnte. Zahlreiche Mitglieder der russischen Kolonie haben dort dem Toten ihre Ehrenbezeugung erwiesen. Am Dienstagvormittag wird im Krematorium auf dem Père Lachaise die Ein-

äscherung stattfinden. Man rechnet mit außerordentlich starker Beteiligung aus den Kreisen der internationalen Diplomatie, der französischen Regierung und der sowjetrussischen Kolonie. Die Ueberführung der Asche nach Moskau wird im Anschluß an die Trauerfeier erfolgen.

BRIEFKASTEN

Stockholm. Vielen Dank. Wird gern gebracht. „Arbeit Hitler!“ Wir danken Ihnen herzlich. Aber das Gedicht möchten wir nicht bringen. Es ist zu fastig im Ton.

J. A., Schweningen. Wir raten Ihnen, sich an folgende Verlag zu wenden: Querido-Verlag, Amsterdam, Oprecht und Oefburg, N. R. Sie schreiben uns: „Darf ich Ihnen sagen, daß man in Deutschland glatt und gern eine Raet für Ihre Blatt begeben würde?“ Wir glauben es gern. Die Schlußseite sogar zwei Raet für jedes Exemplar bezahlen, wenn Sie damit seine Verbreitung verhindern könnten. Aber die „Deutsche Freiheit“ zu verbieten und ihre Leser mit Justizhofsstrafen zu bedrohen, das ist einfacher, bequemer und — erfolgreicher.

M. S., Straßburg. Vielen Dank für die interessante Aufgrabung. Wir bringen Sie gern.

Am mehrere. Es ist uns aus Arbeitsüberlastung vorerst unmöglich, politische oder sonstige längere Korrespondenzen zu führen.

A. A., Brüssel. Sie teilen uns mit: „Bei dieser Gelegenheit will ich um Ihrer Bienenstock halber noch auf eine wichtige Sache hinweisen. Sie haben wiederholt in der „Freiheit“ erwähnt, daß man Briefe an Sie oder jemand anders so oder so dirigieren müße, um nicht der deutschen Postzeit in die Hände zu fallen. Der Weinand hat ich vor kurzer Zeit ebenfalls. Jetzt aber bin ich durch Taubeweise belehrt worden, daß dies mehr schadet als nützt. Der Kürze halber will ich den Fall mitteilen: Ich hatte in Erfahrung gebracht, daß Briefe mit dem Flugzeug von Amsterdam direkt nach den skandinavischen Ländern befördert werden. Ich verließ daher die Briefe mit: Via Amsterdam, Kopenhagen. Zu meiner Verwunderung schickte mir mein Vortner in Stockholm die betreffenden Kuverts zurück, worauf ich Postkempel: Köln, Berlin-Weißhof und Berlin-Tempelhof, Flughafen, sand. Die letzten beiden Stempel waren mehrmals aufgedruckt, offenbar um zu zeigen, daß die Beförderungsanweisungen für die Ray seien. Seitdem sende ich alle Briefe ohne jeden Vermerk — und Sie weisen keine Spuren von Vermerkensmehrfach auf. Durch die Vermerke macht man die deutsche Postzeit nur erst aufmerksam. Wäre zu beherzigen!“

Magnus Hirschfeld über das Führer-Wasserver. Um die Vorgänge vom 30. Juni zur Gänze zu erfassen, ist es nötig, auch den Sexualforscher zu hören. Magnus Hirschfeld hat in einem Essay, das in der neuesten Nummer des Kultur, Streitschrift für Menschenrechte, Frag 2, Krafosklo 18, erschienen ist, ein köstliches Charakterbild von Röhm und Genossen und ihren Mörder gezeichnet, das das Verständnis zu den häußerlichen Vorgängen erschließt. — Probenummern gratis.

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Johann Pils in Tübingen; für Anzeigen: Otto Rahn in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 5, — Schließfach 776 Saarbrücken.